

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Braunerstr. 8/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei im Haus M. 2.00, wo keine Post am Orte, M. 2.30.

# Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr beträgt für die einjährige Colonietabelle oder deren Raum 25 Pf. Abbestellungsgebühr 25 Pf. Abbestellungsgebühr für die einjährige Colonietabelle 25 Pf. Abbestellungsgebühr für die einjährige Colonietabelle 25 Pf. Abbestellungsgebühr für die einjährige Colonietabelle 25 Pf.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 246.

Breslau, Freitag, den 20. Oktober 1911

22. Jahrgang.

## Das Versammlungsrecht vor dem Reichstag.

Der Reichstag beriet am Mittwoch unsere Interpellation über die zahlreichen Verträge gegen das Reichsvereinsgesetz, ohne daß die Beratung zu Ende geführt wurde. Ein kurzes, aber interessantes Intermezzo ging voraus. Auf der Tagesordnung standen formell sämtliche Interpellationen, also auch die über die auswärtige Politik und die Feuerung. Nach den Verhandlungen des Senatskomitees war bekannt, daß vorläufig über Marokko nicht geredet werden darf. Der Reichskanzler wiederholte mündlich, was er dem Präsidenten geschrieben hatte, fügte aber hinzu, daß der Reichstag jedenfalls noch in dieser Session sich mit der auswärtigen Politik befassen soll. Ob die Erklärung als bindend anzusehen ist, möge dahingestellt sein. Jedenfalls erklärte Graf Schwerin-Widwig widerspruchlos die Sache als für heute erledigt. Ebenfalls verabschiedet wurde die Beratung der Interpellationen über die Feuerung. Doch wurde für ihre Behandlung wenigstens ein einigermaßen naher Termin in Aussicht genommen, der nächste Montag.

Nach diesen negativen Taten verschwand der Reichskanzler aus dem Saale und überließ seinem Stellvertreter Dehnbach das Feld. Diesem also nun fiel die Aufgabe zu, die Regierungen gegen die zahlreichen wohlbegründeten Vorwürfe des Verstoßes gegen Sinn und Buchstaben des Reichsvereinsgesetzes zu verteidigen, die als Begründer unserer Interpellation der Genosse Albrecht und von den Diskussionsrednern namentlich der Pole Korfanty vorbrachte. Aber Herr Dehnbach machte sich die Sache recht leicht. Er war so klug, sich nicht mit den landbräutlichen und amtsmännischen Versammlungsverboten zu identifizieren. Im Grunde brachte er die Methode des seligen Pontius Pilatus zur Anwendung. Er wusch die Hände der Reichsregierung in Unschuld und verwies die Beschwerden an das Forum der Einzelregierungen, was so ungefähr der Aufforderung gleichkommt, den Teufel bei seiner Großmutter zu verlagern. Im übrigen fand die behörbliche Praxis, die sich fogar dazu verstetigt, gegen Versammlungen unter freiem Himmel das Schlafbedürfnis der Japaner ins Feld zu führen, nicht einmal die Billigung des nationalliberalen Justizrats Jund. Selbst der Reichsparteiler Höffel sah sich veranlaßt, so etwas wie Entschuldigungen für die Verträge vorzubringen, und ergründet von der Handhabung des Reichsvereinsgesetzes ist nur der konservative Gans Eder zu Pulkitz, dem es höchstens mißfällt, daß es überhaupt so etwas wie ein Versammlungsrecht gibt.

Am Donnerstag wird die Verhandlung fortgesetzt und Genosse Legien wird Gelegenheit haben, aus der reichen gewerkschaftlichen Praxis heraus die treffenden Ausführungen des Genossen Albrecht zu erweitern. Außerdem wird vermutlich über die eben eingebrachten Interpellationen betreffend die Viehsuche verhandelt werden.

## Die Nachwahl in Konstanz.

Heute, Donnerstag, schreiten die Wähler an der Südpforte Badens an die Urne, rings um die westlichen Gefilde des Bodensees tödt der Kampf für und gegen den schwarz-blauen Block. Der Kreis, um den die Würfel fallen, ist ähnlich wie Lindau-Zimmernstadt, der bayerische Flügel des Bodensees, altes Kampfgebiet zwischen Merkantilismus und Liberalismus; die Sozialdemokratie meldete sich erst später mit ihrer Propaganda an. Konstanz-Überlingen besaß seit 1890 im Besitz der Schwarzen, vorher hatten die Nationalliberalen den Kreis inne. Bei den letzten Wahlen 1907 und 1903 war die Stärke der einzelnen Parteien folgende:

	1903	1907
Zentrum	12187	14327 Stimmen
Liberalen	9611	8596
Sozialdemokraten	1903	2555

Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich inzwischen von 29.694 auf 31.384, also nicht erheblich vermehrt, der agrarische und katholische Charakter des Kreises ist nicht verändert. Trotz der kurzen Dauer, welche der Sieger den Reichstag zieren wird, wurde der Kampf im Kreis mit großer Heftigkeit geführt. Die Liberalen, als die Angreifer, hielten kaum am letzten Sonntag 35 Versammlungen ab und Naumann mußte neben anderen in den Redekampf eingreifen. Der nationalliberale Kandidat ließ sich allerdings in den letzten Tagen einen Streich zuschulden kommen, der ihn sehr in Verzug brachte. Er sandte ein Zirkular an die liberale Presse, in dem er forderte, seine Versammlungen besser zu registrieren, etwaige scharfe Angriffe auf die Geistlichen, welche in der Versammlung gefallen sind, nicht wiederzugeben und den Kandidaten auf etwaige Unrichtigkeiten aufmerksam zu machen. Dieses Zirkular schätzte Schmidt u. a. nach Stodach und betweheltete obendrein den zen-

trümlichen Anzeiger mit dem liberalen Stodacher Tageblatt. Das Stodacher Zentrumblatt veröffentlichte natürlich sofort das Schmidtsche Schreiben, und jetzt kräht die Zentrumspresse vor Verärgern, daß Schmidt sich solche Mühen gegeben. Ob dieser unglaubliche Zwischenfall dem Herrn erheblichen Abbruch tut, muß sich heute erweisen.

Das Zentrum hat keine besten Helfer und Schläuberredner in den Wahlkreis entsandt, um ihn zu retten, darunter auch Erzberger und Wiesberts. Geistliche verschoben ihren Nachmittagsbesuch, um für die Wahlagitatorien frei zu sein und der restliche Fanatismus wurde bis zum äußersten aufgebahrt. Herr v. Müpplin, ihr Kandidat, ist eine besondere Nummer. Zuerst bezeichnete er sich als einen Kandidaten der Geringkeit, dann erzählte er von den hölzernen Orgeln in einer Kirche, die betäubte Gesichter machen wegen des Aufstehens der Nationalliberalen und jetzt hat er nach einem Bericht des „Wpboten“ in einer Versammlung in Ueberlingen erklärt: „Die Nationalliberalen sind verdammte, ruchwürgige Kulturkämpfer, in deren Verfolg der Begriff „Gerechtigkeit“ nicht steht. Sie bekommen ihre Weisungen auch von einem in deutschen Landen noch nicht zulässigen Souverän und Fürsten, dem selbsthätigen Satan!“ Und ein Roman mit solchen Ansichten, ist — Landgerichtsdirektor.

Die Sozialdemokratie stellt dem Wahltag mit Zuversicht entgegen. Sie war in ihrer Wahlagitatorien beengt, da ihr die Versammlungslokale mangelten, in den Bezirken Pfullendorf und Neßbach konnte sie nur eine einzige Versammlung abhalten. Die Genossen hoffen trotzdem auf eine Steigerung unserer Stimmzahl, denn auch in Lindau stieg die Zahl der sozialdemokratischen Wähler von 1909 auf 3808. Ob freilich unser Zuwachs genügen wird, um das Zentrum aus seiner ziemlich sicheren Position zu werfen, das hängt von den Liberalen ab.

## Schlesische Wahlkampfbilder.

Offener Brief an den Vordrat des Kreises Brieg, Herrn Graf v. Hoedern.

Gechter Herr! Es ist meine Pflicht als Staatsbürger, Ihnen mitzuteilen, daß Herr Amtsbesitzer Brauns in Stoberan für seinen Amtsbesitz die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1903 ausschaltet und einfach alle Versammlungen unter freiem Himmel verbietet. Zweimal hat Herr Brauns sich und einmal seinen Stellvertreter die Genehmigung zu Versammlungen verweigert, in denen ich als Referent vorgesehen war. Da der Justizweg der Beschwerdeführung sehr langsam ist, mit eher, als Kandidat der sozialdemokratischen Partei im Reichstagswahlkreis Brieg-Jahnsdorf sehr viel daran liegt, noch vor Eintritt der letzten Jahreszeit in Stoberan zu sprechen, mache ich Sie auf diesem Wege darauf aufmerksam, daß ich eine neue Veranordnung bei dem Herrn Amtsbesitzer anmelde werde. Dieselbe wird Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr, auf dem Grundstücke des Maurers Hoffmann in Stoberan abgehalten werden. Sie haben also Gelegenheit, den Herrn Amtsbesitzer zu belehren, daß auch für ihn und seinen Amtsbesitz das Vereinsrecht Gültigkeit besitzt.

Uebrigens habe ich am Sonntag, den 20. Juli, an der Grenze des Stoberaner Amtsbezirks eine Versammlung auf freiem Felde abgehalten, zu der Herr Amtsbesitzer nicht in Aktion überhaupt keine Überwachung sandte. In dieser Versammlung waren mindestens hundert Besucher aus Stoberan, die durch ihre ruhige Haltung in jeder Weise bewiesen hatten, daß ihre Amtsbesitzer ihnen zu Unrecht bedenkliche Charaktereigenschaften zumißt.

Sie können also bis Sonntag noch genügend beweisen, daß Sie über die Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen in Ihrem Kreise wachen.

Breslau, den 18. Oktober 1911.

Hochachtungsvoll

H. Müller,

Parteisekretär und Stadtbereitschafter.

## Ein neuer Schritt vorwärts.

Am Sonntag fand in Deutsch-Rasselwitz, Kreis Neustadt, die zweite Versammlung unter freiem Himmel statt. Trotz des schneidenden Windes hatten sich dieses Mal weit über 300 Männer und Frauen eingefunden, die den trefflichen Ausführungen des Genossen Widera ihre volle Aufmerksamkeit schenken, der über die Reichstagswahlen und die Rechte und Pflichten der Wähler, über die Zusammenlegung der Parteien und deren Einfluß auf die verschiedenen Gesele sprach. Die Schilderung der Schicksale des Großgrundbesitzes entlockte so manchen anwesenden Kleinbauern Tränen und als der Redner dann mit Satire und Wit die Fabel von der Teilung ins rechte Licht stellte, da leuchtete so manches Auge und bewies, daß mit solcher Teilung sämtliche Zuhörer einverstanden wären. Besonders der Appell an die Frauen ihren Männern ein treuer Mitkämpfer zu sein, blieb nicht ohne Wirkung. Schüller an Schüller, sich vor dem immer fäher werdenden Winde gegenständig schüßend, standen die Zuhörer und rührender Beifall belohnte den Redner. Gegner wütheten sich nicht zum Wort, wahrheitsliebend da die schwarzen Herrschaften alle Hoffnung ausgegeben haben. Im engeren Kreise verließen es die Herren, der unilluzerischen Sozialdemokratie den Garaus zu machen. Am 1. August dem Gegner gegenüber wählen sie jetzt der Tapferkeit besseren Teil. Dieses beleuchtete noch Genosse Widera in einem ansehnlichen Schlusswort und mit dem Lied „Die Internationale“, von anwesenden songestundigen Ren-

näbler Genossen begleitet, ließ bis imposante Versammlung. Bei dem Einmarsch von dem Versammlungsort ins Dorf erstand sich noch ein kleines Intermezzo. Durch die Stimmung angefeuert, erklang es plötzlich: „Auf Sozialisten schichte die Weiden und hunderte von Weiden können ein. Doch bald sollen die Genossen erntet werden, das heißt die Weiden in Preußen liegt. Als die letzte Strohe des Bündes beinahe verflungen, stürzte der strenge Winter des Jahres herab und gebot Einhalt. Hätte doch Deutsch-Rasselwitz durch das ungehörte Singen waggelung werden können! In den nächsten Genossen liegt es nun, die in diesen beiden Versammlungen ausgeführten Samenfrüchte weiter zu pflanzen, damit dieselben bis zur nächsten Reichstagswahl tausendfältige Frucht bringen.“

## Konservative Agitationsmethoden.

Herr Schmidtschals, der nationalliberale Gegenkandidat des Herrn Dehnbach, den man vergeblich vor den Richter geriet hat, sieht sich genötigt, in den Wählern des Wahlkreises folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Herr Viehhändler Heinrich Jänisch aus den Viehhäusern hat kürzlich in Müllisch erzählt, daß ich für meine Agitationen 50.000 Mark bekommen habe und falls ich gewählt werde, noch 70.000 Mark bekommen werde. Die

Erzählung ist von A bis B erflogen.

Ich habe weder einen Pfennig bekommen, noch werde ich einen Pfennig bekommen. Ich warne jeden vor Weiterverbreitung des Gerüchtes, da ich von nun an jeder, der dieses Gerücht weiter verbreitet, wegen Verleumdung verklagen werde.

Groß-Uchunlawe, den 16. Oktober 1911.

Schmidtschals.

Das hiesige Schnapsbrennerblatt hat kürzlich offen und brutal zugeklungen, es rechne bis zum Wahltag noch mit einer Nervenfankheit des Herrn Schmidtschals. Wie diese Krankheit hervorgerufen werden soll, das zeigt obige Erklärung. Ja, sie sind edle Menschenfreunde und königstreue Patrioten, die Schnapsbrenner, die für Herrn Dehnbach wirken.

## Die Revolution in China.

Die Revolutionäre wenden sich fortgesetzt in öffentlichen Erklärungen an die Bevölkerung, in denen sie ihre Ziele darlegen. Sie weisen darauf hin, daß die chinesische Kultur schon 4000 Jahre alt ist. Die Mandchus, die seit 206 Jahren im Lande sind, werden als Barbaren bezeichnet, da das Volk unter ihrer Herrschaft unglücklich sei. Diese Barbaren sollen nun vertreiben werden und Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sollen im Lande herrschen. Als Ziel der Bewegung wird die „Republik der Mitte“ hingestellt, welchen Namen das Land in Zukunft tragen soll. An ihrer Spitze müsse ein Präsident stehen, der vom Volke zu wählen ist und die Verfassung soll vollkommen demokratisch sein. Die Bodenfrage will man in folgender Weise lösen: Jeder bleibt Eigentümer seines Grundbesitzes, dessen Wert aber genau ausgenommen und gebucht werden soll. Der Wertzuwachs, den der Landbesitz in Zukunft erlangt, gehört der Gemeinschaft. Die Nation soll also Mitbesitzerin des privaten Grund und Bodens werden und daran entsprechende Rechte haben. Man stelle sich vor, daß ein solches Gesetz vor zwanzig Jahren in Preußen erlassen worden wäre, mehr als die Hälfte von allem Großgrundbesitz würde dann heute bereits der Allgemeinheit gehören.

Zwei Uebergangsperioden sollen zur „Republik der Mitte“ hinführen. In den ersten zwei Jahren müsse eine militärische Regierung die Forderung abschaffen, die ungerächten Steuern beseitigen, einen öffentlichen Gesundheitsdienst einführen, Wege bauen, die Landwirtschaft verbessern und mit Energie alle Maßnahmen zur Erhaltung der revolutionären Errungenschaften treffen. Im Laufe von weiteren zwei Jahren soll die Landesverwaltung auf Grund eines Uebereinkommens zwischen der militärischen Regierung und dem Volke erfolgen. Die verfassungsmäßigen Vorschriften sollen dann möglichst ohne die Hilfe der militärischen Macht angewendet werden. In den Provinzen ist in dieser Zeit eine Zivilverwaltung einzurichten. Im fünften Jahre werde dann die militärische Regierung aufgelöst und die Republik mit einem Parlament eingerichtet werden.

Weitere öffentliche Erklärungen richteten sich an die chinesische Armee und an das Ausland. Den Offizieren, Soldaten und Mandarinen wird das doppelte Gehalt versprochen, falls sie der Mandchurengierung den Rücken kehren und sich in den Dienst der revolutionären Regierung stellen. Dem Auslande gegenüber erkennen die Revolutionäre alle Verträge, Anleihen, Schulden und Privilegien an, die bisher unter der Mandchurengierung entstanden sind. Neue Anleihen und Schulden dieser Regierung aber sollen nicht mehr anerkannt werden und fremde Mächte, die der Mandchurengierung ihre Hilfe leisten, werden von den Revolutionären als Feinde angesehen. Leben und Guter aller Fremden in den Revolutionärsgebieten stehen unter dem Schutze der Aufführer.



Pankau, 18. Oktober. Heute morgen entwickelte sich ein Gefecht zwischen 2000 Mann Regierungstruppen und einem gleichstarken Korps der Aufständischen.

Peking, 17. Oktober. Der amerikanische Konsul in Peking hat telegraphiert, der Fall der Stadt stehe unmittelbar bevor.

Die Soldaten sind doch vom Militärhospital an heralichen Kampfmittel gewöhnt. Sie dürfen „sozialdemokratische Wirtschaffen“ nicht besuchen und sagen sich einfach „Hau Du meinen Juden, hau ich Deinen Juden“.

Ein chinesisches Kanonenboot versenkt?

Petersburg, 18. Oktober. Von der chinesischen Flotte vor Pankau soll bereits ein Schiff von den Revolutionären versenkt worden sein.

Ranking in den Händen der Revolutionäre?

Peking, 17. Oktober. Der amerikanische Konsul in Peking hat telegraphiert, der Fall der Stadt stehe unmittelbar bevor.

Neue Komplikationen in der Marokkofrage.

Der „Frankf. Ztg.“ wird über den Gang der Marokkoverhandlungen aus Berlin telegraphiert:

Die deutschen Truppen in Pankau.

Berlin, 18. Oktober. Ueber den gestern gemeldeten Straßensammel des deutschen Landungskorps in Pankau mit dem chinesischen Pöbel liegen an hiesiger amtlicher Stelle keine weiteren Nachrichten vor.

Generalsbrunst in Pankau.

Shanghai, 17. Oktober. Ein Teil der Europäer hat Pankau auf der „Belgravia“ und anderen Schiffen verlassen.

Die Geldnot der Regierung.

London, 17. Oktober. Den hiesigen Blättern zufolge ist man in hiesigen Finanzkreisen der Ansicht, daß die chinesische Regierung Ende November in ernste finanzielle Schwierigkeiten geraten wird.

Keine Intervention der Vereinigten Staaten.

London, 17. Oktober. Meldungen aus Washington berichten, daß die amerikanische Regierung beschlossen hat, nicht in China zu intervenieren.

Selbstmord des Verkehrsministers.

Peking, 17. Oktober. Der Verkehrsminister Sheng-Pian-Quai, der durch ein Dekret des Präsidenten seines Amtes enthoben worden ist, hat Selbstmord verübt.

Politische Uebersicht.

„Reichsbote“ und „Schlesische Zeitung“ vereinigen sich in ihrem Schmerze über ein Vorkommnis auf dem sächsischen Truppenübungsplatz Königshardt, das sie in bewegten Worten wie folgt schildern:

Regierungserwartungen.

Petersburg, 18. Oktober. Aus Pankau wird telegraphiert, daß heute früh das Geschützfeuer längs der Bahnlinie von den Regierungstruppen eröffnet und daß nach Wutschang Geschütze abgelandt wurden.

Boykottierende Reservisten.

„Reichsbote“ und „Schlesische Zeitung“ vereinigen sich in ihrem Schmerze über ein Vorkommnis auf dem sächsischen Truppenübungsplatz Königshardt, das sie in bewegten Worten wie folgt schildern:

Herr Dertels Wahlpredigt.

Herr Dertel hält es für angebracht, in Nummer 523 der „Deutschen Tageszeitung“ vom 14. Oktober 1911 eine Predigt über den Reichstagswahlkampf zu bringen.

Revolution in Peking?

London, 18. Oktober. Ein Telegramm aus Washington meldet, daß in Peking eine Revolution ausgebrochen sei und daß man dort eine allgemeine Erhebung befürchtet.

Die letzten Tage von Pompeji.

43] Das Herz der Republikanerin schlug heftig. — „Soll die Gestalt erkennbar werden?“ flüsternte eine Stimme neben ihr — es war die des Arbaces.

Die letzten Tage von Pompeji.

zu einem Geflüster verabstimmte: „Ich soll eher das Grab umschlingen, als meine Arme dich umschließen! — Was, glaubst du, Arbaces würde einen solchen Nebenbuhler dulden, als diesen elenden Griechen? Was, denkst du, ich habe die Frucht bloß reifen lassen, damit sie ein anderer genieße? Nein, mein Mädchen! — Du bist mein — ganz — nur mein — und so — so ergreife ich dich, und erkläre dich für mein Eigentum.“

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.

Die letzten Tage von Pompeji.

„Ich liebe einen andern!“ — sagte Jone erregt, aber mit heiterer Stimme.



13. Juli Zeit wirkt oft weit mehr als die noch so schöne Rede eines gewerbmäßigen Redners.

Gewerbmäßige, das heißt gemietete Redner, die von Ort zu Ort ziehen und ihre Verleumdungsprüflein gegen die Sozialdemokratie herleiten, sind bekanntlich eine Spezialität der Konservativen und ihrer Helfershelfer. Wie wenig durch diese armseligen Knechte der gesunde Sinn des Volkes verwirrt werden kann, ergibt sich aus dem erfreulichen Anwachsen der Sozialdemokratie. Nunmehr ist Herr Dertel in Rücksicht auf die Stärke unserer Partei seinen Freunden, in gegnerischen Versammlungen ihren „Unmut zu sägen“ und kommt dann zu dem Schluß, daß der sinnig als „Gewicht einer angesehenen Persönlichkeit“ umschriebene wirtschaftliche Terrorismus immer noch das sicherste Hilfsmittel der Konservativen ist. Wir werden denn auch in bevorstehenden Wahlkampf die Stützen von Thron und Altar nach dem bekannten Rezept arbeiten lassen.

Das Schicksal der Strafprozeßnovelle. Fast die gesamte bürgerliche Presse hat berichtet, es sei dem Seniorensenat in seiner gestrigen Sitzung „die offizielle Mitteilung gemacht, daß die Verbündeten Regierungen auf eine Verabschiedung der Strafprozeßnovelle und der Novelle zum Gerichtsverfahren kein Wert mehr legen.“

Gegen diese völlig falsche Darstellung wendet sich eine amtliche Note in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die lautet:

Der Seniorensenat ist eine derartige Mitteilung nicht erfolgt — sie konnte auch nicht erfolgen, weil die Verbündeten Regierungen noch wie vor auf das Zustandekommen der Strafprozeßnovelle, die von dem Reichstag seit längerem dem 25. Jahre nachdrücklich verlangt ist, den größten Wert legen. Hieran hat der Herr Präsident des Reichstages dem Seniorensenat Mitteilung gemacht und dabei bemerkt, daß er dem Herrn Reichstagspräsidenten seine Zweifel an der Nützlichkeit der Durchberatung dieser Gesetzesvorlage geäußert habe. Der hierauf erfolgte Beschluß des Seniorensenats, von der Weiterberatung der Strafprozeßnovelle abzusehen, beruht sonach lediglich auf Ermägen, die in den Kreisen der Mitglieder des Reichstages für maßgebend erachtet worden sind.

Die sozialdemokratische Presse hat den Sachverhalt vollkommen richtig wiedergegeben. Die Regierung gibt demnach die Hoffnung noch nicht auf, daß es gelingt, dieses wichtige Werk noch rasch vor Vorbruch durchzuführen.

Zur Feiern. Eine überaus eindrucksvolle Demonstration gegen die Feiern veranstalteten die Genossen in Hannover am Montagabend. Es fanden 13 Versammlungen statt, die alle sehr stark besucht waren und in denen eine Resolution die energische Abwehrmaßnahme forderte, einstimmig angenommen wurde. Die Versammlungen dienten gleichzeitig als Einleitung der Wahlbewegung.

Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft haben eine Eingabe an den Reichstagspräsidenten gerichtet, in der sie Vorschläge für eine Milderung der Lebensmittelsteuer machen. Die Vorschläge der Kaufmannschaft beziehen sich einmal auf die Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh aus unseren Nachbarländern Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Ferner wird eine Erleichterung der Einfuhr von ausländischem Fleisch und von Getreide durch Milderung der heutigen rigorosen Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes und durch Herabsetzung der zeitweise geradezu als Einfuhrverbot wirkenden Zölle erbeten; insbesondere soll der deutsche Fleischmarkt durch die Einfuhr von getrocknetem Fleisch aus Argentinien und von Butter, Schmalz und geräucherter Schmalzspeck entlastet werden. Weitere Vorschläge der Kaufmannschaft beziehen sich auf die Förderung der heimischen Viehwirtschaft, durch Ausbau der Viehställe, durch Verbesserung der Kenntnisse rationeller Viehzucht und durch sofortige Aufhebung der Zölle auf Futtermittel. Endlich wird um eine Milderung der Gemüsteuerung durch Erlaß oder Ermäßigung der Gemüsezölle erachtet.

Das neue Zuchthausgesetz in Vorbereitung. Vor einiger Zeit hat der Zentralverband deutscher Industrieller der Regierung angedeutet, dem Schwere der Arbeitswilligen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dazu erzählt nun die „Berliner Börsenzeitung“:

„An den zuständigen Stellen wird eine hierauf bezügliche Verfügung ausgearbeitet. Unter Vereinfachung der Veranlassung der im Auslande zum Schutze der Arbeitswilligen vorhandenen Weiche soll auch bei uns die Freiheit der Arbeit durch gesetzliche Vorschriften mehr als bisher geschützt werden.“

Dem jetzigen Reichstag wird eine solche Vorlage natürlich nicht mehr zufließen, umso sicherer aber dem neuen Parlament.

Eine Op. milit. Im Palais des Reichstagspräsidenten hat am letzten Montagabend die Gräfin Scherwin-Löwicz einen politischen Kursus des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes eröffnet. Der Kursus, dessen erster Abend von Prinzessinnen, Ministern und anderen Höflichen besucht war, soll bis in das nächste Frühjahr hinein dauern. Die Gräfin Scherwin-Löwicz rednet dann, daß ihr über die Räume des Reichstagspräsidenten auch nach den Wahlen das Verfügungsrecht zustehen wird, ob das aber wirklich der Fall sein wird, ist äußerst fraglich. Im Kreis Anklam-Temmin, den der Graf Hans Agel Lantimo von Scherwin-Löwicz im Reichstag vertritt, wurden 1907 1312 konservativ-stimmige Stimmen abgegeben gegen insgesamt 594 freistimmige und sozialdemokratische Stimmen, im Jahre 1903 erhielt der Graf 7143 gegen insgesamt 6009 gegnerische Stimmen, der Kreis gehört also keinesfalls zu den sichereren. Sollte aber der Graf von Scherwin-Löwicz dennoch gewählt werden, so ist kaum anzunehmen, daß der Reichstag seinen Präsidenten dem kleinen Häuflein entnehmen wird, um dem dann hoffentlich und wahrscheinlich die konservative Partei zusammenzulassen sein wird. Somit besteht die ernstliche Gefahr, daß die Prinzessinnen und Minister binnen kürzester Frist obdachlos werden.

Eine Wahlprognose aus Sinterpommern. Unser Stettiner Vordrucker, der „Volksbote“, schreibt: „Einen Vorgeschmack der Bekämpfung der Sozialdemokratie während der Wahlbewegung haben unsere Genossen Dorn-Stettin und Grünwald-Rössin am Sonntag in Rummelsburg erhalten. Hier war zu Sonntag nachmittags eine Versammlung unter freiem Himmel, auf einem Acker vor der Stadt veranstaltet. Die politische Genehmigung dazu war erteilt, weil kein gesetzlicher Grund zu einem Verbot vorlag. Doch vor Beginn der Versammlung wurde diese ohne jeden Grund aufgelöst, die Genossen Dorn und Grünwald wurden verhaftet und wie gemeine Verbrecher durch die Stadt nach dem Rat-

haule geführt. Dort mußte man sie nach Prüfung ihrer Legitimation entlassen.“

Ueber die näheren Umstände dieser echt hinterkommlichen Polizeiverfahren will der „Volksbote“ in der nächsten Nummer ausführlicher berichten. Man kann sich aber schon nach diesen wenigen Angaben ein Bild machen von den Methoden, mit denen in Mecklenburg gesessenen Unteraristokraten die Behörden ihre „Neutralität“ im Wahlkampf bekunden.

Folgen der Hühnerpest. Die Aktiengesellschaft für Hühnerfleischfabrikation Stahl u. Nölke in Kassel, eines der größten Unternehmen der Branche, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr 1910/11 eine Dividende nicht verteilen. Verminderung des Umsatzes und starke Einschränkung der Produktion an Hühnerfleisch hatten zur Folge, daß nicht nur kein Gewinn erzielt wurde, sondern noch ein Fehlbetrag von 50.000 Mk. entstand. In früheren Jahren hatte die Firma stets acht Prozent verteilt.

Der Danabundpräsident Nieber verbietet nicht zum Reichstage. Die Mitteilung, daß die Reichstagskandidatur in Urm dem Präsidenten des Danabundes angeboten worden ist, bestätigt sich. Nieber hat aber die Kandidatur abgelehnt und zwar mit der Begründung, daß er auch keines der früheren Anerbieten akzeptiert, die aus anderen Kreisen an ihn ergangen sind.

Die Agrarier gestatten es nicht! Dem „Frankfurter Kurier“ war aus Berlin gemeldet worden, daß das preussische Staatsministerium in seiner Montagssitzung einen Antrag Bayerns auf zeitweise Ermäßigung des Maiszölles grundsätzlich zugestimmt habe und daß die Annahme des Antrages im Bundesrat gesichert erscheine. Dem tritt die „Deutsche Tageszeitung“ entgegen, indem sie dekretiert: „Das preussische Staatsministerium hat zu dem Antrage, den Bayern im Bundesrat gestellt, bisher keinen Beschluß gefaßt. Wir glauben, gut unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß die maßgebenden Stellen in Preußen dem bayrischen Antrage nicht zustimmen werden.“

Die preussische Regierung weiß also jetzt, wie sie sich zu verhalten hat und sie wird sich nicht unterfehen, gegen den agrarischen Stachel zu lösen.

Der mecklenburgische Landtag ist zum 11. November einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Weiterberatung der Verfassungsvorlage. Das bedeutet einen vollenständigen Sieg der Kurier. Denn im Frühjahr, als der Landtag die Verfassungsvorlage der Regierung abgelehnt hatte, sprach der Schweriner Großherzog das große Wort, er werde nunmehr aus freier Entschiedenheit handeln. Statt dessen aber soll jetzt der Landtag weiterberaten.

Der nationale Wettlauf. Die „nationalen Parteien“ in Berlin, wie sich das wunderliche Gemisch nennt, das sich mit der Sozialdemokratie messen will, sind durch ihre „Massenfundgebung“ bereits dem Glück der Unerwartung verfallen. Nun stellt sich heraus, daß diese mannhaften teutschen Kämpfer nicht einmal Geld — die erste Vorbedingung für einen Kampf — im Beutel haben. Deshalb verbreitet das Organ des Reichstags, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, folgende Botschaft:

„Jeder deutsch, christlich und monarchisch gesinnte Bürger wird hiermit herzlich gebeten, zur Durchführung der bevorstehenden Reichstagswahlen in den sechs Berliner Reichstagswahlkreisen sein Scherlein beizusteuern. Es gilt den Kampf gegen die internationale revolutionäre Sozialdemokratie und den ihr so nahestehenden demokratischen Freisinn auch hier in der roten Reichshauptstadt mit Ehren zu bestehen; deshalb helfe uns jeder nationale Mann nach seinen Kräften.“

Wird das ein Gedränge an den Kasernen werden!

Wieder einmal ein Akt gegen Anarchisten. Kürzlich wurden in verschiedenen Städten wieder einige Anarchisten verhaftet. Wie die Polizei dem „Berl. Lokal-Anzeiger“ mitteilt, werden auf Requisition des Ersten Staatsanwalts in Berlin die in Hamburg verhafteten drei Anarchisten Bader, Schreier und Drews nach Berlin übergeführt. Auch die in Krefeld und Düsseldorf verhafteten Anarchisten werden nach Berlin gebracht. Die Verhaftungen sollen darauf zurückzuführen sein, daß man der „umfassenden Organisation einer antimilitaristischen Propaganda in der Armee auf die Spur gekommen war, die eine Folge der letzten Anarchistentagung in Düsseldorf ist.“ Auf das Konto dieser Propaganda seien auch verschiedene Desertionen zurückzuführen, „die in einem Fall sogar als beweisbar gelten.“ In Krefeld wurden der Schneider Brod und der Schneider Pallen von der Staatsanwaltschaft verhaftet, die, wie auch andere bekannte Anarchisten in Berlin, Hamburg, Düsseldorf usw., seit langem scharf bewacht wurden.

Wir selbst hinstern Strauch gelesen hat. Der konservative Reichstagskandidat für Greifswald-Gruppen, Rechtsanwalt Dr. Langemarck, hat in einer Versammlung zu Treibese behauptet, daß die Liberalen des Wahlkreises Greifswald-Gruppen bei den Stichwahlen 1901, 1908 und 1907, also in allen Fällen, bei denen es sich um die Wahl des Abg. Gotthein handelte, an die sozialdemokratische Partei abgefallen sind, mehrere Tausend Stimmen abgeben hätten. Tatsächlich ist, wie der „B. Z.“ erzählt, niemals auch nur eine Mark ausgegeben worden, um sozialdemokratische Stimmen für die Stichwahlen in Greifswald-Gruppen zu erhalten. — Die Konservativen kennen ihre eigenen Experimente — siehe Breslau — und schließen von sich auf andere.

Wilhelm II. weist augenblicklich in Nachen, wo ein Denkmal für Friedrich III. aufgestellt werden ist. Dabei hielt er auch eine Rede, in welcher folgende Sätze vorkamen: „Ich heglückwünsche die Stadt zu dem neuen Schmuck, an dem noch ferne Geschlechter sich erfreuen und erkennen werden, daß noch aller politischen, sozialen und konfessionellen Parteilungen und Meinungen unserer Zeit ein festes Band der Liebe und des Vertrauens Nützlich und Volk umschließt und zusammenhält. Wenn je ein Fürst gerade in Nachen ein Denkmal verdient hat, so war es mein in Gott ruhender Vater. Vom Vater für meinen einfachen Verus erzoget, wuchs ich heran in Verantwortung und Gerechtigkeit vor der Kaiserkrone, die ich dann mit ihrer Last und Verantwortung von ihm übernommen habe. Sie ist ein hehres Kleinod, von dem unter Gottes Schutz viel Segen für das Vaterland ausgeht, und das sich als ein Hort seiner nationalen Ehre bewährt hat. Vertrauensvoll können alle Deutschen zu ihr aufblicken, und sie wird umso stärker sich erweisen, je mehr sie von der treuen Liebe und eifriger Mitarbeit des Volkes umgeben und gestützt wird.“ — Die Zuhörer stimmten ein dreimaliges Hurra an.

Nationalliberaler Verlust. Die Landtagswahl im lutherischen Wahlkreis Mecklenburg-Frislar, die infolge Ablebens des Nationalliberalen Gleim stattfinden mußte, hat mit dem Siege des freikonservativen Landwärtlers Böll geendet. Dieser erhielt 114 Stimmen, während der nationalliberale Kandidat Barthel mit 55 Stimmen nicht einmal in die Stichwahl gelangte. Der ebenfalls bürgerliche Gutsbesitzer Lüdem, der auf eigene Faust kandidierte, unterlag in der Stichwahl mit 73 Stimmen, weil die nationalliberalen Wahlmänner schließlich für den freikonservativen Großgrundbesitzer eintraten.

Reichstagskandidaturen. Die Zentrumspartei im Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen hat als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl den Gymnasialprofessor Dr. Westamp in

Torsten aufgestellt. — Die Freilichtpartei im Wahlkreis Mecklenburg-Frislar, die infolge Ablebens des Nationalliberalen Reichstagskandidaten Wachorst de Wente eingetreten. — In Ostpreußen wurde auch die Aufstellung eines rechtsstehenden Reichstagskandidaten beschlossen, jedoch der Wahlkreis mit 6 Kandidaten auf den Plan tritt. — Eine Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte stellte im Reichstagswahlkreis Gützkow-Mersbruch den konservativen Rechtsanwalt F. v. G. als Kandidaten aller rechtsstehenden Parteigruppen auf.

Vorbeschriebene Wahlurnen. Bei den am nächsten Sonntag in Ostpreußen stattfindenden Landtagswahlen werden zum ersten Male gesetzlich vorgeschriebene Wahlurnen verwendet werden. Die Bestimmungen über die Beschaffenheit dieser Urnen sind soeben erlassen worden. Danach müssen die Urnen eine Höhe von 30 Zentimeter und eine Breite von 35 Zentimeter haben; für kleinere Gemeinden mit nicht mehr als 40 Wählern braucht die Höhe nur 40 Zentimeter zu betragen. Die Kosten der Urnen müssen von den Gemeinden getragen werden.

### Ausland.

#### Die Gemeindevahlen in Belgien

Die Gemeindevahlen in Belgien sind als ein Wendepunkt in der Geschichte des Landes zu betrachten. Die Bevölkerung hat in Scharen den Merkmalen der Rückwärtsentwicklung und ist in das Lager der verurteilten Sozialisten und Liberalen übergetreten. Die Liberalen glaubten diesmal glücklicher abzuschneiden als bei den Kammerwahlen im Mai, da bei den Gemeindevahlen die beständigen Wähler bis zu vier Stimmen abgeben können, während bei den Kammerwahlen ein Wähler im Durchschnitt drei Stimmen hat. Um so größer ist jetzt die Enttäuschung. In Brüssel, Antwerpen, Gent und Lüttich erreichte das linke Kartell die absolute Mehrheit, jedoch keiner der ausstehenden Liberalen wiedergewählt worden ist. In Brüssel betrug diese Mehrheit 12.500, in Antwerpen 8000, in Lüttich 12.500, in Gent 10.000 Stimmen. In Dänemark fiel der frühere Ministerpräsident Schougaard durch und nicht besser ertrug es dem Kammerpräsidenten Cooreman in Gent. In Namur, Namur, Brügge, Courtray, Thourout, Moesnes und Alost wurden die Liberalen ebenfalls geschlagen. Von den vierzehn Vorständen Brüssels sind in zwölf Siege der Antiliberalen erlitten worden.

Sämtliche oppositionellen Blätter fordern die Regierung auf, angesichts des Ergebnisses der Gemeindevahlen vom Sonntag zu demissionieren. Sollte das Kabinett dieser Aufforderung nicht Folge leisten, so werde man den Antrag zwingen, eine Auflösung des Parlaments vorzunehmen. In uninformierten Kreisen glaubt man, daß die Auflösung des Parlaments noch im Laufe des Januar, spätestens aber Februar nächsten Jahres stattfinden wird. Die liberale Parlamentsmehrheit, die nach den Wahlen im Mai nur noch sechs Stimmen beträgt, würde bei einer Neuwahl vollständig in Scherben geschlagen und das Land von einer Herrschaft befreit werden, die bisher schwer und dumpf auf der Bevölkerung lastete. Daß der Schougaard'sche reaktionäre Schulgesetzentwurf jetzt noch Gesetz werden wird, erscheint ausgeschlossen, da die Regierung die Gemeindevahlen zu einem Brückstein dafür machen wollte, ob das Volk dieses Gesetz will oder nicht.

#### Der englische Eisenbahnerkongreß.

Die in Carlisle versammelten Vertreter der verschiedenen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen mit zusammen etwa 120.000 Mitgliedern nahmen entschieden Stellung gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Der Antragsteller, Denton von Leeds, erklärte: „Wenn die Bahnen dem Staate gehörten, wäre das zum größten Vorteil des Publikums. Und wir Arbeiter würden in weitem Umfang frei werden von der Tyrannei, unter der wir gegenwärtig leben. Wir hätten bessere Arbeitsbedingungen, gleichmäßigere Bezahlung und mehr Leute in der Werkstatt in der Wohlstandsdienst. Ein anderer Redner betonte, Verstaatlichung bedeute die Bewilligung der Forderung, für die sie so lange kämpften: Anerkennung der Organisation, damit auch Verkürzung der Arbeitszeit. Der Abgeordnete Thomas was auf die Gefahren für die Arbeiter hin, die aus der zunehmenden Verschmelzung der Bahnen entstehen. Heute seien 6000 Anarchisten und Gelehrter beschäftigt als vor 10 Jahren, obwohl in dieser Zeit die Länge des Netzes um 200 Meilen (3200 Kilometer), Frachten um Millionen Tonnen, Passagiere auch um Millionen gestiegen seien. Die Monopolbildung schließe eine große Schädigung der Angestellten in sich. Sollte es ein Monopol sein, dann das des Staates, nicht der privaten Aktionäre. Heute sei diese Frage von weit größerer praktischer Bedeutung als früher. Wenn heute verlangt wird, daß im öffentlichen Interesse der Bahndienst nicht unterbrochen werden dürfe, dann ergebe sich das öffentliche Eigentum als Folge. Waid werde man sich im Parlament nicht mehr mit den Heubrungen irgend welcher Bahndirektoren zu befassen haben, sondern den Eisenbahnminister nach seiner Haltung gegenüber den Arbeitern befragen. Eine abweichende und minder optimistische Haltung nahm William von Westham ein. Er hob hervor, nicht der private Charakter der Bahnen sei die Ursache der Mißstände, sondern daß der Betrieb um des Profits willen erfolge. Er halte das Staatsmonopol für gefährlich, solange eine Regierung, bei der gerinnlichen Veranlassung mit Pulver und Bajonetten zum Schutz der Profitinteressen eingreife. Doch wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Bei Erörterung der Arbeitsstundenforderung wurden lebhafte Bemerkungen zur Forderung einer selbständigen Arbeiterpolitik abgelegt. Blake (Mercurian), der den Antrag begründete, fand die Rettung in parlamentarischer Vertretung. Neukirke (Merkel) gehörte der Vergangenheit an. „Wir haben keine Lust nach weiteren Streiks. Wir brauchen an ihrer Stelle etwas anderes, und unsere einzige Waffe ist die gesetzliche Arbeitervertretung.“ F. Rose erklärte, daß er die liberale Partei, die er bisher unterstützte, verlasse, um sich der Arbeiterpartei anzuschließen. „Ich gab meine Stimme einer Regierung, die gegen uns Soldaten schied. Wenn sie Leute sandte gegen Unruhen, die nicht von Eisenbahnen ausgingen, mochte sie sie mit Säbeln schiden, nicht mit Schießgewehren.“

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Drey in Breslau; für den Halbesburger Teil: Paul Langer in Halbesburg. — Redaktion und Expedition: Neue Straßburger Straße 7, Verlag von Oscar Schöck, Druck von Th. Schöck & Co. in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.



# Gute Suppen

bereitet man in kürzester Zeit, ohne weiteren Zusatz als Wasser, mit **MAGGI'S Suppen** Schutzmarke Kreuzstern zu 10 Pf. der Würfel für 2-3 Teller. Ebenes kräftig schmeckend und gehaltreich wie die besten Fleischbrühsuppen. MAGGI'S gute, sparsame Küche.



Am 17. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, verschied nach langen schweren Leiden unser lieber Vater, Schwieger-, Groß- und Urgrossvater, der Droschkenföhler

**Josef Kundt**

im Alter von 70 Jahren und 11 Monaten.  
Dies zeigen schmerz erfüllt an  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Beerdigung: Freitag, den 20. d. Mts., nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Briggenthal 7 nach Oswitz.

Am 18. Oktober, nachts 12 1/2 Uhr, starb nach langem, schwerem Leiden der Malermeister und langjährige Tanzordner des Krantissements „Goldener Zepher“, Klosterstrasse 47

**Adolf Schelenz**

im Alter von 68 Jahren. Diesen zeigen schmerz erfüllt an  
**Die trauernden Hinterbliebenen**

**Adolf Schütz u. Frau** geb. Schelenz  
Etabl. „Goldener Zepher“.

**Ottile Schelenz** geb. Kasper  
**Oskar Schelenz**  
**Alfred Schelenz.**

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme an dem so raschen Heimgang meiner geliebten Frau, unserer guten Mutter und Grossmutter

**Frau Ida Kaiser**

sowie für die herrlichen Kranzspenden, sagen wir hiermit allen lieben Freunden und Bekannten, Kollegen und Kolleginnen, auch Herrn Prediger Teichner, unseren herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Wilhelm Kaiser.**

**Stadt-Theater.**

Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
Die Niedermaus.  
Freitag, 7 Uhr:  
„Schengrin“.  
Samstag, 7 1/2 Uhr:  
„Sofmanns Erzählungen“.

**Lobe-Theater.**

Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
„Minna von Barnhelm“.  
Freitag, 7 Uhr:  
„Julius Caesar“.  
Samstag, 7 1/2 Uhr:  
„Das weisse Land“.

**Thalia-Theater**

Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
Gruppe I, 4. Vorstellung: 6570  
„abbho“.  
Samstag, 7 1/2 Uhr:  
„Der Sündenfleck“.  
Freitag, 7 Uhr:  
„Der Flieger“.

**Schauspielhaus**

Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
„Das Musikantenmädchen“.  
Freitag, 7 Uhr:  
„Das Kärtchenmädchen“.  
Samstag, 7 1/2 Uhr:  
„Der Rodeljäger“.

**Lieblich's Etablissement**

„Die Nihilistin“  
Mac Bane Yamagata  
Christianni & Louissette  
etc. etc. etc.

**Viktoria-Theater**

Neues Programm.  
**Um ein Weib.**  
Sensat. Ausstattung:  
Edi Blum & Spisells  
etc. etc. etc.

**Zeltgarten**

Schon wieder  
neues Programm.  
**11**  
Spezialitäten.  
Entrée 2 Pf.

**Palmengarten.**

**Oktoberfest**  
à la Münchener  
mit Kölsch und  
P. Kuorn.

**Hampold-Orchester**

Entrée frei.

**Pfänder-Auktion**  
Anfang November cr. 1926  
Wandels-Institut Marktstr. 118, I. G.

**Verloren**  
Samstag eine goldene Damenuhr mit 1800  
Schwinge, 18 Karat, gute Verstellung  
Wandels-Institut Marktstr. 118, I. G.

**Hosennäherin**  
auf best. Lager, kann sich melden Friedr.  
Wilhelmstr. 39, III. G., 2. Stg. 6445

**Halbfleisch**  
Pfd. 70, Schweinefleisch 60 u. 70,  
**Rindfleisch**  
Pfd. 70 Pf., ohne Knochen 85 Pf.  
Gervelatwurst, Schädels Pfd 70 -  
nur h. R. Oplitz, Trebnitzerstr. 18.

**Anzüge** (Schilling) Seidener  
Brandenburgerstr. 21.

**Bürsten-, Kamm-, Holz- u. Korbwaren**  
Paul Flechner, Wiedenmayer-  
meister, Alleestraße 31. 4235

**Alteisen, Metalle**  
im höchsten Preise  
Max Elzer, Pöhlstrasse 4.

**Wilhelmsburg.**  
Seit der Polonaise tanzende  
Donnerstag: **Großes Tanz-Kränzchen.** F. Hitzel.

**Tivoli** Reudorffstraße Nr. 35.  
Seit Donnerstag:  
**Tanzkränzchen**  
mit Präsident-Polonaise. Entrée 10 Pf.  
weshalb ergebnis einladet [4770] C. Neugebauer.

**Deutscher Kronprinz,** Westendstr. 50/52.  
**Tanz-Kränzchen.** Jeden Donnerstag: 6424  
Präsident-Polonaise.

**Bergkeller.**  
Seit Donnerstag: 6439  
**Großes Tanzkränzchen.** Entrée frei!  
Es laden ergebnis ein Otto Biedermann.

**Hentschels** Etablissement Pöpelwitz.  
Seit Donnerstag: 6428  
**Tanz-Kränzchen.**  
Entrée frei. Collet Crächer. Beachtliche Saalbeleuchtung.

**Liegnitz. Liegnitz.**  
**Filz- und Kamelhaar-**  
Schuh- u. Schnallentiefel  
in allen Grössen und ver-  
schiedenster Ausführung  
empfehlen billigst

**Schuh-Etage Graneist**  
Friedrichstrasse Nr. 33, schrägüber der Niederkirche.  
Verkauf nur 1. Etage.

**Breslauer Fischhallen**  
Schmiedebrücke 59.  
Telephon 4472.  
Markthalle  
Wir empfehlen aus heutiger Waggonladung: 6425

**Prachtvollen Cabliau und Seelachs Pfd. 30 Pf.**

Großer Schellfisch im Schnitt, Backschellfisch, Bratenschellfisch, Auferfisch, Küstenhecht, Annelischellfisch, Heilbutten, Motzungen, Annerhäne, große feine Schollen, Fischfilets 60 Pf., Silberlachs 80-100 Pf., Ostender Seezungen u. Steinbutten, Stettiner Seiche, frische Zander, Rhein-, Weiser- und Gislaim, Lebende Forellen, Seiche, Aale, Schleien, Karpfen und Hummer, Frische Goll. u. Engl. Austern Ddh. 2,50 Mk., leb. ernstherige Hummer Pfd. 2,75 Mk.

**Lebendfrische Flusshechte 58 Pf., feinste Flusszander 75 Pf.**  
fr. Lachsforellen Pfd. 1,75, Risschadelfisch 40, große grüne Serringe 25, Flugbarsch 65, prachtl. Goldbarsch 25 Pf. im Schnitt, fr. Pfahlmuscheln 20 Pf.

**Möbeln** Rechte u. Pflichten des Mieters  
Beitrag m. Matrike u. Rissen 25 Mk.  
Schrank 24 Mk. Büchertisch 35 Mk.  
Griechen- u. Nußbaum-Einrichtungen  
von 200 Mk. an. Kataloge gratis.  
Befriedigung ohne Kaufzwang erwünscht.  
Hochspottbillig. Teilzahl. gefahrt.  
**Max Giesel**  
Größtes Möbel-Kaufhaus  
der Süddeutschen Städte bestehend aus ca.  
70 Einrichtungen in 6 Lagerhäusern  
angestellt.  
Präsidentstraße 5, ptr. u. 1.

**Schneider**  
auf Paletot u. Herrenanzug bei höchst hoher Präzision sucht  
**A. Karfunkelstein & Comp.,** Christophoriplatz 2/1. 6441

**Schneider**  
oder Schneiderinnen auf Herrenanzügen 7-12 sucht  
**A. Karfunkelstein & Comp.,** Christophoriplatz 2/1. 6448

**Das erste Lebensjahr**  
von Dr. Silberstein.  
Kann jeder jungen Mutter zur Anschaffung empfohlen werden.  
Preis 20 Pf.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht.“

**Gehr. Meister** Herrenkleider-Fabrik.  
Tel. 2052 Albrechtsstraße 40, ptr. u. 1. Stg.  
Spezial-Abteilung  
**Anzug oder Paletot nach Maß**

Serie A . . . . . Mk. 22.50  
Serie B . . . . . Mk. 27.00  
Serie C . . . . . Mk. 35.00 etc.  
unter Garantie für guten Sitz. 4701

**Hamburger**  
englisch Leder-  
u. gestreift Leder-  
Zwinn-, Zeug- und  
Samt-Manchester.

**Hosen**  
mit und ohne Latz.  
**Gustav Knauerhas**  
Inhaber: Oskar Delmel  
Neumarkt 45.

**Schweidnitzerstr. 49.**  
**Prima Kleiderstoffe**  
zu stadtbekannt  
billigen Preisen.

Serie I: Velours zu Blusen u.  
Kleidern geeignet.  
Meter nur **38 Pf.**

Serie II: Moderne Busen- u.  
Kleiderstoffe.  
Meter nur **75 Pf.**

Serie III: Fabrik-Reste  
und Coupons in Cheviot,  
Dunkelblau, schwarz und  
andere Farben.  
Meter nur **1.45 Mk.**

Serie IV: Kostümstoffe, 180 cm  
breit, englisch, Geschmack.  
Wert bis Mk. 5.-.  
Meter nur **1.65 Mk.**

Prima Seiden von 95 Pf. an.  
Besondere eine Weibschichtspappe  
gratlos.

**Runschke-Lauben**  
Schweidnitzerstr. 49  
Hans Albert Fuchs.

Deutsche Dampfschiffereigesellschaft

**Nordsee**

Hauptgeschäft: Schmiedebrücke 19. Telephon 3284.  
Filiale: Stadthausgasse, Neue Schweidnitzerstraße, Telephon 4223.  
Zentrum: Markthalle I (Ritterplatz), Markthalle II (Gartenstr.), Leuthenstr. 16,  
Streufr. 67, Alleestr. 55.

Von heutiger Waggonladung offerieren wir:  
**Feinster Seelachs im Schnitt 30 Pf., Goldbarsch 25 Pf.**  
**Feinster Cabliau im Schnitt 30 Pf., Bratenschellfisch 25 Pf.**  
**Bratzander 50 Pf.**  
**Feinste Fisch-Filets 60 Pf., Schellfisch im Schnitt 45 Pf.**

Ausßerdem: Motzungen, Seezungen, Seelachs, Heilbutt, Schollen, Bratenschollen,  
Augeleisch, Karpfen, Karpfenhecht, Auferfisch, Zander, Silberlachs.

**Fluss-Seiche 40 Pf.**  
Lebende Karpfen, Seiche, Schleien, Aale, Forellen.  
**Lebende Hummern.**  
Frische Bänderware, sämtliche Fischkonserven billigst.  
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Wir bitten genau auf unsere Firma zu achten. — Prompter Versand nach auswärts.

**Gute, billige Uhren,**  
unter mehrjähriger Garantie, 5465

**Gold- und Silberwaren,**  
Trauringe  
Herren-Uhren . . . . . v. 5.00 Mk. an  
Fib. Herren- u. Damen-Uhren . . . . . v. 8.00 Mk. an  
Goldene Damen-Uhren . . . . . v. 14.00 Mk. an  
Regulatoren . . . . . v. 10.00 Mk. an  
Wecker . . . . . v. 1.50 Mk. an

Goldene Herren-Uhren billigst.  
Trauringe und Ketten in verschiedenem Gold,  
Broschen, Ohrringe, Armbänder usw.,  
große Auswahl.

Auf Wunsch leichte Ratenzahlungen.  
**R. Leitloff, Uhrmacher, Nikolaisstr. 41.**

**Wahlkreis Waldenburg**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband, Waldenburg.**  
Samstag, den 21. Oktober 1921  
im Gasthof zum „Deutschen Kaiser“, Altwasser  
**18. Stiftungsfest.**

Konzert Theater Tanz.  
Sehr gewähltes Programm. 645

Programme: Konzert 25 Pf. im „Deutschen Keller“ zu haben. Eintritt 20 Pf.  
Unter gewähltem Abend entsprechend, ladet alle Gassen und Kollegen sehr  
Kugelschreiber ergebnis ein. Die Veranstaltung.



Der italienisch-türkische Krieg.

Der türkische Ministerrat hat beschlossen, eine Vermittlungskommission nicht anzunehmen, was eine wesentliche Verschärfung der Lage bedeutet.

Die Absichten Italiens.

London, 18. Okt. In hiesigen politischen Kreisen kursiert folgende Nachricht: Italien wird sofort nach der vollzogenen Okkupation der Hafengebiete in Tripolis und der Cyrenaika die Annexion dieser Gebiete an das Königreich Italien proklamieren.

Rom, 18. Oktober. Die italienische Regierung hat vierzig Torpedoboote in Auftrag gegeben.

Rom, 18. Oktober. „Messaggero“ zufolge soll Ferns von Verantwortlichkeit befreit sein.

Beginn des Volkstriebs.

Konstantinopel, 17. Oktober. Ein überflüssiges Trade vertrat, daß alle Waren italienischer Provenienz mit 100 Prozent Zoll zu belegen sind.

Auslaufen der türkischen Flotte.

London, 17. Oktober. Nach Nähermeldungen aus Gallipoli ist gestern früh eine türkische Schiffsflotte vom Goldenen Horn mit unbekanntem Ziel abgegangen.

Geld für die Türkei.

Konstantinopel, 18. Oktober. Der ägyptische Vertreter überreichte der Türkei 20000 Pfund als erste Rate der Subvention in Ägypten.

Englands Kompensation für Tripolis.

London, 18. Oktober. Der Manchester Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, daß Stanor Marink, ehemaliger Vorsitzender der parlamentarischen Kommission für auswärtige An-

gelegenheiten, in der er als Autorität galt, einen Artikel veröffentlicht, in dem auf neue nachgewiesen wird, daß England ein starkes Interesse an der italienischen Tripolis-Expedition hat.

Wie Italien die Araber fangen will.

Tripolis, 17. Oktober. Der Gouverneur kaufte 4500 Tsd Mehl und beauftragte den Vizegouverneur Hassan Pascha, sie unter die ärmeren Araber zu verteilen.

Benghasi wehrt sich.

Rom, 18. Oktober. Wie der „Tribuna“ gemeldet wird, sei die Lage in Benghasi nicht so günstig, wie die in Tripolis.

Bildung eines türkischen Freiwilligenkorps.

Konstantinopel, 18. Oktober. Mehmed Ven, ein Enkel Abdal Kades, soll in Damaskus ein Freiwilligenkorps von 20000 Mann gebildet und die Grenze von Tripolis überschritten haben.

Amerikanische Kriegsschiffe im Mittelmeer.

Konstantinopel, 18. Oktober. Nach Meldungen der Blätter ist ein amerikanisches Eskadron, bestehend aus sechs größeren Kriegsschiffen und einigen Torpedobootezerstörern, vor Antileone eingetroffen.

Parteiangelegenheiten.

Die Forderung und das Volk von Berlin.

Am Abend deselben Tages, an dem der Zimmer-Redaktion noch einmal zum Zerkeln zusammentrat, der dem deutschen Volke den Zollkassenschlüssel noch enger gezogen hat, als je zuvor.

Während großer Massenandrang wie immer, die Versammlungen in Rindorf und der Kaiserstraße auf. Niemand hätte unsere Genossen über zehntausend abgerechnet, um ein Tag zu überdauern.

In den „Pharisäern“ auf dem Widdin glaubt man vorbenachteiligt zu sein, einer Überfüllung entgegenzutreten, wenn man von herüber mehrere Tische des Volkes für

die Versammlungen vorlieb. Auch das ruhte n. 18. Straße und Garten waren dennoch von Menschen überfüllt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Oktober.

Geschichtskalender.

20. Oktober.

1808 Der Geograph Georg Vondra.

Der sechste Frauenabend.

des sozialdemokratischen Vereins Breslau, der Mittwoch in acht Lokalen abgehalten wurde, zeigte wieder deutlich, daß die politische Betätigung der Frauen auch in Breslau gute Fortschritte gemacht hat.

Was befaßt war unser Frauenabend im „Zentrum“ auf der Schlegelstraße, wo 67 Genossinnen und 7 Genossen der Genossin Pawlisch sehr aufmerksam zuhört.

Im „Werkstatt“ eröffnete die Vorrede, Genossin Kaudzka, den Frauenabend mit einem Nachruf für die verstorbene Genossin Müller.

In der „Wilhelmsburg“, Randstr. hatten sich 21 Genossinnen und 2 Genossen eingefunden.

Lieber Mutter und Säuglingsstich sprach bei Mikulle in Babelsberg die Genossin Lehrens.

Große Aufmerksamkeit fand Genossin Prokta bei uns auf der Michaelisstraße mit seinem Vortrage über die wichtige Frage: Was muß die Frau vom bürgerlichen Gesetzbuch wissen?

Lieder-Abend.

Am Mittwoch sang die Mezzosopranistin der Münchener Hofoper, Frau Brenje-Mahenauer, im Voriensaal.

Aus aller Welt.

Verhaftung eines Rindorfer Polizeibeamten. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ist heute mittags der Bureaudirektor vom Rindorfer Polizeipräsidium verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Der Parlamentarismus in China.

Die großen Fortschritte der neuen Revolution in China werden den Blick auf das Parlament, den chinesischen „Reichsausschuß“, der vor kaum einem Jahre zur feierlichen ersten Sitzung in Peking zusammentrat und eine unabsehbare Reihe von Reformen seiner Bewusstheit hat, ohne daß allerdings aus nur ein größerer Teil davon verwirklicht worden wäre.

los fällt sich der Raum mit einer fast gleichmäßig anwachsenden Menge Besucher, als tragen eine kleine runde Wand als Zeichen ihrer Parlamentarität.



Der Frauenabend für das Gräbner Stadtblatt (Drittel 4 bis 8) wurde von Genossin Clara Löbe mit einem Vortrage über die Verhältnisse der Dresdener Frauenbewegung, Frau Käster, eröffnet. Die Vorsitzende übernahm die innere Aufsicht im Dienste der Arbeiterklasse einen ehrenvollen Nachruf und legte an ihrem Beispiele dar, wie gerade die schlichte Arbeiterin es vermag, einen Mann, der gerade ein paar Stunden mit dem gemeinsamen Ziele zu arbeiten. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen, nachdem nach die Polizeibehörden beim Begräbnis ihre verdiente Würdigung gefunden hatten. Sodann nahm Genossin Löbe das Wort zu ihrem Vortrage über "Die Entwicklung zum Sozialismus", der mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde. Schließlich folgte noch ein Hinweis auf den besprechenden Vortrag der Frau Wartenberg am nächsten Dienstag, und der gemeinsame Gesang einiger Strophen des Liedes: "Wer schafft das Geld zu Tage". Amweisend waren 18 Frauen.

Der Frauenabend des Landdistriktes Verdain-Dürrgang war den Verhältnissen entsprechend gut besucht. Dem Vortrage der Genossin Löbe über: "Frauen- und Kinderarbeit" folgte eine längere anregende Ansprache. Von den Besprechungen wurde besonders viel Wert auf eine tatsächliche Unterstützung der Kinderbeschäftigten gesetzt. Der Wunsch, sich für Frauenarbeit wieder auf einen Montag zu versetzen, soll der Parteimitting weiterbreitet werden.

### Die Handelskammer gegen die Zuckerrübe.

Wannoch mittags verhandelte die Breslauer Handelskammer über die Mittel, die notwendig sind, um die Zuckerrüben zu fördern. Der Berichterstatter, Handelsrichter Muggen, erklärte aus, daß die preussische Regierung beschloffen habe, die Frucht für Futtermittel und Aufzucht um 50 Prozent zu ermäßigen und den Gemeinden, Genossenschaften usw. noch eine weitere Ermäßigung von 15 Prozent zu bewilligen. Von dieser Seite sei gegen die Not noch nichts gesprochen. Der Redner äußerte sich dann über die Einfuhrschwierigkeiten und erklärte, man müsse sie aufzuheben versuchen, um das Getreide im Provinziallande zu erhalten. Damit war der Hauptmann Köpfer aus Pless a. O. nicht einverstanden. Das ist nicht weiter verwunderlich. Herr Köpfer ist Amtsrichter in Pless a. O. und darf als solcher wohl kaum die Einfuhrschwierigkeiten abschaffen, die den Großgrundbesitzern die unergründlichen Taschen füllen helfen. Die Handelskammer hat darauf folgende Anträge ihres Verlehrsaußenbüros mit großer Mehrheit angenommen: Die Reichsregierung wird ersucht:

1. um eine Ermäßigung der Frucht für Futtermittel,
2. um Erleichterung der Vorschriften über die Grenzkontrollen für Futter- und Streumittel,
3. um Suspendierung oder Ermäßigung der Futtermittelsteuer,
4. um Aenderung der Bestimmungen über die Getreideausfuhr, und
5. um Aufhebung der Bestimmungen über die Erzeugung von Einfuhrschwierigkeiten für die Export der Getreide.

### Die Breslauer Fleischergesellen

regten sich. Wannoch hielten sie eine Versammlung in Seiders Lokal ab, wo Kollege Krause aus Berlin einen gewerkschaftlichen Vortrag hielt. Er warf die Frage auf, ob die angebliche Gesellenfürsorge der Meister in Wirklichkeit eine Kürzergelde sei und führte darüber u. a. folgendes aus: Durch das Fortschreiten des Gesellenverbandes sei auf den Meistertagen der Beschluß gefaßt worden, für die Gesellen besser zu sorgen, um dem Verbanne das Wasser abzugraben. Besonders sollten die Schlafräume der Gesellen und Lehrlinge gebessert werden. In der Tat wäre das eine Fürsorge. Aber es sei bei dem papieren Beschluß geblieben; nach wie vor hielten die Schlafräume jeder Beschreibung. Der Redner brachte Beispiele von Breslau und anderen Städten vor, die seine Angaben bewiesen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen

wären nur in den Orten geregelt, wo eine starke Gesellenorganisation besteht. In den Städten, wo die Kollegen nicht organisiert sind, herrschen auch die traurigsten Zustände. In Breslau mußten die Gesellen und Lehrlinge 16 Stunden an Wochentagen und an den Sonntagen vormittags arbeiten. Am Fleischergewerbe blühte auch eine übermäßige Lehrlosigkeit. Die Innungen wendeten sich schriftlich an die Schulräten mit der Bitte, den Eltern zu sagen, sie sollen ihre Söhne das Fleischergewerbe erlernen lassen. Dabei weist die Statistik nach, daß die kleinen Betriebe abnehmen. Bei der Gewerbeabklärung von 1895 waren noch 42 Prozent Kleinbetriebe im Fleischergewerbe, bei der letzten Zählung 1907 waren es nur noch 24 Prozent. Das Gewerbe vereinigte sich in große Fleischereien und Wurstfabriken. Die gelehrten Kräfte werden immer mehr verdrängt und man verwendet ungelernete Arbeiter. Sehr schlimm sieht es mit den Schulvorrichtungen aus. Im Jahre 1910 verzeichnete die Fleischerei-Vergenossenschaft mehr als 4000 Unfälle, davon 44 tödliche. Es mangelt an der nötigen Aufsicht. Mit der Meiliensverband bei der Reichsregierung um Einführung des 12 stündigen Arbeitstages eruchte, ließen die Fleischerrinnungen Sturm. Es wurde der Regierung vorgelegt, daß die Fleischerei keine gesundheitschädliche Arbeiten verrichten. Müde Fleischergesellen gäbe es überhaupt nicht; das Fleischetragen sei eine anstrengende Arbeit usw. In Breslau ist es die höchste Zeit, daß sich die Fleischergesellen zusammenschließen, da auch sie besser bezahlt und behandelt werden, was in Berlin, Hamburg, Braunschweig und vielen anderen Städten längst erreicht ist. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Mehrere Gesellen traten sofort dem Verbanne bei.

### Die Schrebergärten.

Im Verbanne ostdeutscher Schreber- und Gartenvereine hielt dieser Tage der Generalsekretär des Zentralverbandes, Regierungsrat Kieckfeld aus Lübeck, einen Vortrag über die Kleingartenbewegung im In- und Auslande und deren Bedeutung für den Mittelstand und Arbeiterstand der Städte. Der Referent führte nach der "Bresl. Zeitung" folgendes aus:

Sehen in den ältesten Zeiten beschäftigten sich die Menschen mit der Gartenkunst. Das "Paradies" war ein Garten, und zu den Wohnhäusern zählten die hängenden Gärten der Semiramis. In der neuen Zeit sind die Gärten zu einer Nützlichkeit geworden. Ist doch in den Reichsländern der großen Städte das Wohnen oft ungesund. Zwar kann ein guter Garten eine schlechte Wohnung nicht ersetzen; doch er kann die Schwächen, die sie verursacht, mildern. Drei Bewegungen der modernen Kleingartenkunst sind zu bemerken: die römische, die amerikanische und die deutsche. Die ersten derartigen Gärten in Frankreich wurden von einer Fabrikantenfrau in Sedan eingerichtet. Ein Schreber hat sich in einer anderen französischen Stadt ebenfalls um diese Einrichtungen verdient gemacht. Alle diese Gärten kennen keine Gassen; diese sind erst später von Deutschen eingeführt worden. Die amerikanische Bewegung ging 1891 von Michigan aus, wo 914 Familien leihweise Gärten und Gärtenplätze für Kleingärten erhielten.

Die ersten in großem Maßstab eingerichteten Kleingärten sind 1920 in Kiel geschaffen worden. Sie wurden an Handwerker und Arbeiter vergeben. Leider aber wurden die Gärten meistens öffentlich versteigert, und da gingen die unbemittelten Familien leer aus. - In Leipzig hat nicht etwa - wie oft angenommen wird - Dr. Schreber die ersten Gärten eingerichtet, sondern der Stadtrat. Schreber hat überhaupt nur indirekt etwas mit den Schrebergärten zu tun. Er hat nur große Zwischplätze für die Kinder geschaffen, und durch diese Plätze sind schließlich die Eltern zu den Kindern hinausgezogen. Am die Zwischplätze wurden dann Laubkolonien angelegt. Auch Schlette in hainbrechendem Vorangehen: Jährige, Kaktus, Lantana, Geranien und Gladiolen haben zuerst Schrebergärten für Vergleute hergerichtet. In Berlin herrschen aber herrlichen himmelstreichende Zustände. Die jetzt vom Rosenstreifen angelegten Gärten bedeuten in Berlin einen großen Fortschritt. Von der Stadt wurden die Gärten an Generalpächter abgegeben, die sie weiter verpachteten. Die Pächter legten in der Kolonie eine Kammer an und alle Unterpächter mußten bei ihnen trinken und wieder trinken. In geschriebenen Statuten war festgelegt, daß wer nicht genug beim Generalpächter trank, von diesem einfach aus dem Garten hinausgeführt werden konnte, und nicht einmal mehr ein Anrecht auf eine Erde besaß. Das ist jetzt nicht mehr gestattet, soll aber noch manchmal vorkommen. Jetzt haben Privatereien inmitten der Kolonien fastenlos Vereine-

häuser errichten lassen, wo nur ihr Bier geschenkt wird. Man sieht werden dadurch trinkfroh Männer weniger in die frische Luft als in die Lokale geleitet. Redner berichtete noch allerlei wichtiges aus anderen Städten und führte zum Schluß seines so weitläufigen Vortrages eine Reihe von Lichtbildern vor, die Schrebergärten des In- und Auslandes zeigten.

**Die Vorkrafen.** Am 24. Januar 1911 verhandelte die I. Bresl. Strafkammer gegen drei junge Leute wegen Einbruchsdiebstahls. Bei dem einen Angeklagten wurde viel Bargeld gefunden, das weißes vom Einbruch herkam, was sich aber nicht nachweisen ließ, da er angab, es von dem Fensterreinigungs-Unternehmer Wilhelm Fleischer in Breslau bekommen zu haben. Fleischer, der über die Herkunft des Geldes Auskunft geben sollte, war zum Termin als Zeuge geladen. Er wurde seither vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Munden, ganz besonders auf die Bedeutung des Zeugnisses hingewiesen. Für gewöhnlich wird ein Zeuge vor Gericht nur danach gefragt, ob er wegen Meineides schon vorbestraft ist. Weil aber gegen Fleischer der Verdacht der Wittäterschaft an dem Einbruch bestand, legte ihm der Vorsitzende zunächst unvereidete die Frage vor, ob er in seinem Leben schon einmal wegen Eigentumsvergehen bestraft sei. Diese Frage verneinte Fleischer. Er gab nur an, einmal wegen eines Gewerbevergehens mit einer Geldstrafe und dann noch wegen eines "Bachpfeife" ebenfalls mit Geld bestraft zu sein. Der im Gerichtssaal anwesende Schuhmann, der im Zubehörraum Aufschußdienst hatte, kannte den Zeugen Fleischer ganz genau. Der Beamte mußte auch, daß Fleischer wegen Diebstahls schon mehrfach mit Gefängnis bestraft ist. Das meldete er unaufrichtig durch den Berichtedienner dem amtierenden Staatsanwalt. Diese Mitteilung veranlaßte den Vertreter der Anklagebehörde, nochmals sehr eindringlich an den Zeugen die Frage nach dem Diebstahlsverbrechen zu richten. Fleischer wies die Frage zurück und erklärte mit aller Bestimmtheit, noch niemals in seinem Leben wegen Diebstahls bestraft zu sein. Noch einmal redete ihm der Vorsitzende ernsthaft ins Gewissen, doch die Wahrheit zu sagen und sich nicht unglücklich zu machen. Es mußte aber alles nichts. Fleischer blieb auch unter dem Eide bei seiner Behauptung, noch nie wegen Diebstahls bestraft zu sein. Dieses erbliche Verhängnis zeitigte für Fleischer schlimme Folgen. Denn das Gericht stellte nachträglich fest, daß Fleischer in der Tat mehrere Verbrechen wegen Diebstahls verübt hat. Bekanntlich begeht man schon einen Meineid, wenn man wissenschaftlich unter dem Eide etwas verschweigt. Die Strafen lagen allerdings schon sehr lange zurück - die letzte fällt ins Jahr 1894 -, sie standen aber doch im Vorkrafenregister. Das der Staatsanwalt nachträglich einforderte. Fleischer wurde einige Zeit nach dem Termin in Untersuchungshaft genommen, aus der er jetzt dem Breslauer Schwurgericht wegen wissenschaftlichen Meineides vorgeführt wurde. Der Angeklagte ist 44 Jahre alt. Von Wichtigkeit in der Verhandlung war, daß er auf die Namen Gustav Adolf Wilhelm gerollt wurde. In seiner Kindheit wurde er Wilhelm genannt. Als junger Mann bekam Fleischer von seinen Eltern den Rufnamen Adolf. Nur dem Rufnamen Adolf hat er die tragischen Diebstahlstraßen erlitten, und weil ihm das im Leben schon oft unangenehm war, legte er sich später wieder den Namen aus seiner Kindheit, nämlich Wilhelm bei. Die Vorkrafen waren unter dem Namen Wilhelm Fleischer eingetragen. Da sich der Angeklagte im Termin Wilhelm Fleischer nannte, glaubte er maßgebend, die Vorkrafen ließen sich dadurch nicht mehr festhalten. Die Anstufung des Negativführers lautete anfangs auch richtig: "Wilhelm Fleischer ist nicht bestraft." Zur Verhandlung war der Berichtedienner der gerichtsärztlichen Schwurgerichtsbeurteilung des Landesgerichtsdirektor Munden als Zeuge geladen, ebenso der Staatsanwalt aus jener Sitzung. Wie schon anfangs bemerkt ist, hat Fleischer den Eid damals dem Vorsitzenden Munden gegenüber geleistet. In seiner Stelle führte den Vorsitz des Schwurgerichts-Landgerichtsdirektor Dr. Kowald. Zwei medizinische Sachverständige bezeichneten den Angeklagten als einen entarteten Alkoholiker, der aber für das, was er getan habe, voll verantwortlich zu machen sei. Die Geschworenen bejahten die auf wissenschaftlichen Meineid gestellte Schuldfrage, worauf der Staatsanwalt 3 Jahre Zuchthaus beantragte. Das Gericht setzte ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus gegen Fleischer fest. Drei Monate der Strafe gelten durch die Untersuchungshaft als verbüßt. Außerdem wurde der Angeklagte für dauernd unfähig erklärt, als Zeuge oder Sachverständiger jemals einen Eid zu leisten; es wurden ihm auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre abgesprochen.

antlichen Stellung im Richteramt im Reichspräsidenten mit Leichtfertigkeit eine Verlängerung der Kassektion bezirken könne. Für jeden Einzelnen lag er sich 25 Mark für keine "Vermittlung" zahlen. Als die Gastwirte die verwehrene Verlängerung der Kassektion nicht erhielten, wandten sie sich beschwerdebeführend an das Polizeipräsidium und baten um Aufklärung. Diese Schreibern mußten durch die Hände Weisowitsch geben, der den geschädigten Gastwirten auf eigene Faust antwortete, daß ihre Wünsche im allerhöchsten Maße erfüllt werden würden. Die Briefe unterzeichnet er mit dem Namen eines beim Richteramt Richteramt beschäftigtem Assessor. Die Gastwirte wiederholten dann ihre Beschwerden, als die Verlängerung der Kassektion noch immer nicht erfolgte. Schon am Sonntag wurde Weisowitsch verhaftet und dem Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Niddort vorgeführt. Er wurde jedoch wieder entlassen. Heute erfolgte seine nachmalige Verhaftung. Die Höhe der widerrechtlich vereinnahmten Gelder beträgt etwa 2000 Mark.

**Das erste Krematorium, das nun endlich in Liegnitz in Betrieb kommt, ist das in Hagen, das vom Verein für Feuerbestattung vor sechs Jahren errichtet wurde. Das Krematorium hat 120 000 Mk. gekostet und ist dadurch bemerkenswert, daß es errichtet werden mußte, um den Platzmangel in der Nähe gegenüber durchzuführen zu können, daneben hat diese Kriegerdenkmäler der Tat nicht unwesentlich dazu beigetragen, der Feuerbestattung in weiten Kreisen Vorhieb zu leisten. Heute fandete es sich um die durch das Gesetz notwendig gemachte Lebensnahme des Krematoriums durch die Stadt. Es laßen noch 30 000 Mk. Hypothek auf dem Bau, welche, wie nunmehr die Stadtverordneten beschloffen haben, die Stadt übernehmen müßte. Weitere Verpflichtungen der Stadt, die auch 35 000 Mk. Anteilnahme übernehmen sollte, wurden abgelehnt. Das Krematorium dürfte baldigst in Betrieb genommen werden.**

**Brandgefahr.** Die "Zorniger Art" meldet: Wannoch früh brach in der Landbergischen Mühle zu Wornitz eine Feuerbrunst aus, die den südlichen Teil der Mühle vollständig vernichtete. Der Schaden wird auf 200 bis 300 000 Mk. geschätzt. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt, Selbstentzündung nicht ausgeschlossen.

Drei Personen verbrannten bei einem Feuer in der Nähe von Gutzkowsky. In Sibirischen bei Millowitsch brannte die Nacht ein Bauernwohnhaus mit Stall vollständig nieder. Der im Wohnhause schlafende Bauer und zwei Kinder sind unversehrt.

Eine große Vepifabrik in Bialy Pod (Rußland) ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt; der entstandene Schaden wird auf 80 000 Rubel geschätzt. Bei einem Scheunenschubbrand auf dem Gehöft des Anführers Schmidt-Rosenfeld bei Brzeska (Westpr.), kam dessen 29-jährige Frau in den Flammen um. Man nimmt an, daß der Brand böswillig angelegt wurde, um ein an der Frau begangenes Verbrechen zu verdecken.

er von einer angeblich arabischen Bande H entfallen und samt den Werten und einem Treiber in das nahe Gohlitz geschickt, wo er nach einigen Stunden, die herumlagern, zu Fuß abgeführt wurde. Gendarmen fanden wieder die Pferde des Büchsen und den hintergebliebenen Treiber vor. Von dem Büchsen und seinen Gehilfen ist nach keine Spur entdeckt worden. Eine ganze Kompanie Soldaten ist zur Verfolgung der Bande und zur Ausführung des entführten Büchsen aufgerufen worden. In 30 Stunden nach dem Ausbruch dieser Kompanie war noch nicht die geringste Spur entdeckt worden, weder von den Büchsen, noch von seinen Gehilfen. Da der Büchsen vollst. ein eifrig tätiger Herr war, befürchtet der Kommandant von Gohlitz, daß es sich hierbei um ein politisches Verbrechen handele und daß beide wohl nicht mehr als Lebende aufgefunden werden könnten.

**Für Schutzmaßnahmetragdie in Rebolstadt** wird gemeldet, daß es kein Zweifel, sondern ein Doppelselbstmord war. Man habe in dem Anstaltler Hof mit dem auf ungewöhnliche Weise in seine gestrichelten Doppelselbstmord zwei herbeigeführt, aber idealistisch orientiert, nervenüberreizter, junger Mann in den zu tun, die sich zu schade für die schlechte Welt gedünnt haben.

**Kaviar Schenker.** Auf dem Gute Neufahrn umweit Röhbel in Miedlenburg verlusten ammanig erkrankte Schenker, das Gut auszunutzen. Der Gutsherr gab mehrere Schiffe auf sie ab, wodurch einer der Schenker schwer verwundet wurde. Gendarmen suchten schließlich die Ruhe wieder her.

**Fremder nach Berlin.** Heute früh um 5 Uhr hat das Zepplin-Luftschiff von Düsseldorf die Fahrt nach Berlin angetreten.

**Schlagweitzergelation.** Infolge einer Schlagweitzergelation wurden auf der Grenze Vorder 89 Verletzte abgezeichnet. Man glaubt, daß alle ungenommen sind. Bisher wurden 21 Leichen geborgen.

**Ein zwölfsähriger Totschläger.** Vor dem Jugendgericht Altona hatte sich gestern der zwölfsährige Schüler Hoffmann aus Altona vor dem Richter zu verantworten. Der Angeklagte hatte seitherzeit das 16-jährige Dienstmädchen durch auf offener Straße durch einen Messerstich in den Hals so schwer verletzt, daß trotz sofortiger ärztlicher Hilfe bald darauf bei der Verlegung der Tot eintrat. Das Urteil gegen den jugendlichen Totschläger lautete auf ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof rechnete ihn drei Monate ereitliche Untersuchungshaft auf die Straße an.

**Die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Catania.** Nach einer von dem "Lazio" verlegten Mitteilung sind bei dem am letzten Sonntag in Catania (Italien) stattgefundenen Erdbeben, dreißig Menschen ungenommen.

**Ablicher Jagdschlag.** Der Gutsbesitzer Baberle auf Rosengrün (Kreis Glogau), der sich mit einigen anderen Schützen auf der Jagd befand, geriet bei Verfolgung eines Hasen in einen Orangerand, wobei er ausglitt. Hierbei riß sich ein Gewehr, und die Schrotladung drang ihm in die Brust, wobei der Tod auf der Stelle eintrat.

**Strafverfahren.** Auf der Kleinbahnstrecke von Nachen nach Stolberg schlug ein Baggon in einer Weiche um. Fünf Personen wurden sehr schwer und zwei Leicht verletzt. Die Reichs-

bahnerwartung und Sanitätskolonnen waren bald an der Unfassl stelle tätig. Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus nach Jork gebracht. Einige ringen mit dem Tode.

**Zum Tode verurteilt.** Das Schwurgericht Guben verurteilte gestern den 18-jährigen Schlosser Richard Jarnisch aus Nardorf, der seinen Arbeitskollegen Morisch an einem Lohntage auf dem Weinwege ermordet und beraubt hatte, zum Tode.

**Revolverattentat auf einen Prozeßgegner.** Der Arbeiter Parlow in Charlottenburg bei Berlin, der vom Glarnermeister Paul Müller infolge falscher Verduldung wegen Verleumdung verklagt war, schoß Mittwoch Mittag vor der Verhandlung vor dem Schöffengericht auf den ihm vor dem Amtsgericht gelagerten Prozeßgegner. Die Kugel ging fehl und traf den Kaufmann Adolf Breuer, der zufällig an Müller vorbeiging, in das Bein. Parlow wurde verhaftet. Er gab an, er hätte ursprünglich die Absicht, den Glarnermeister niederzuschießen, falls der Prozeß einen für ihn ungünstigen Ausgang nehme.

**Gtaurung an Trichinose.** Im Dorf Radommo bei Demich-Cyhal sind 12 Personen nach dem Genuß frischen Fleisches, das sich bei genauerer Untersuchung als stark trichinös herausstellte, schwer erkrankt. Eine Person ist bereits gestorben. Der Fleischebdauer hatte das Fleisch unbeanstandet zum Genuß freigegen. Während einige auf dem Wege der Besserung sich befinden, dürften drei kaum mit dem Leben davontommen.

**Eine meuternde Strafkompagnie.** Bei einer französischen Kompagnie, welche auf einer der Inseln des Außenhafens von St. Ma's als Strafabteilung garnisoniert ist, brach gestern eine Revolte unter den Soldaten aus. Die Meute drangen in die Wohnung des Kapitäns und plünderten sie aus. Er selbst und einer der Kompagnioffiziere wurden tödlich angegriffen. Einer der Soldaten der Strafkompagnie verletzte sich bei dem Einbrechen eines Fensters schwer und mußte ins Hospital gebracht werden. Der Gefängniswache gelang es schließlich, die meuternden Soldaten zu überwinden.

**Eigenartiges Automobilunglück.** Ein eigenartiges Automobilunglück, bei dem zwei Personen lebensgefährlich verletzt wurden, ereignete sich gestern abend in der Chausseestraße in Berlin. Dort fuhr eine Automobilrolche mit voller Gewalt gegen den Straßendam, riß einen gerade dort stehenden Baum um und fiel schließlich auf zwei gerade vorbeigehende Passanten, die nicht mehr Zeit genug hatten, auszuweichen, und die schwere Verletzungen erlitten.

**Die Ermordung des Fürsten Trubekoi durch seinen Leuten Kisti** ist nach einer Peterburger Meldung anscheinend der Schlußakt einer in ihren Einzelheiten noch unbekannteren Tragödie, die mit der Politik nichts zu tun hat. Kisti, ein Sohn des ehemaligen Gouverneurs von Moskau, ist verheiratet und einer der reichsten Gutsbesitzer in Westsibirien. Fürst Trubekoi war der Führer der maßgebenden Zentrumsgruppe im russischen Reichsrat.



Frauenleiden und ihre Verhaltung.

Der belehrende Vortrag der Genossin Alma Wartenberg, der vergangene Woche im "Kronprinzen" gehalten und seitdem auch in verschiedenen Vororten wiederholt worden ist, hat soviel Anklang gefunden, daß eine Wiederholung desselben am kommenden Dienstag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Zepher, Klosterstr. 16, erfolgen wird. Der Vortrag ist durch Bildtafeln erläutert und wird unseren Frauen dadurch die letzte Gelegenheit gegeben, die möglichen Ratschläge der Frau Alma Wartenberg zu hören. Karten sind im Parteisekretariat und an der Kasse zu haben.

\* Linke-Bojmann. Allem Anschein nach wird die Verschmelzung der Breslauer Waggonfabriken nicht so glatt von statten gehen, wie sich das die Verwaltungen denken. Nach dem "Berliner Boren-Courier" macht sich nämlich bei den Stamm-Aktionären der Linke-Gesellschaft gegen die Verbindung Linke-Bojmann ein starker Widerspruch geltend, der zu heftigen Auseinandersetzungen in der Generalversammlung führen werde. Wie das Blatt weiter hört, rechnen die Gegner der Verschmelzung damit, daß die für die Verschmelzung erforderliche Dreiviertel-Mehrheit nicht zustande kommt, so daß die Vorschläge der Verwaltung abgelehnt würden.

\* Achtung, Studierende! In der Studienterversammlung am Dienstag wurde einstimmig die Sperre auf alle Arbeiten der Firma Simlinger, Berlin-Str. 10, ausgedehnt. Die Arbeiten im Hotelneubau am Tannenkiessweg hat dieses Geschäft dem Zwischenmeister Schur in Berlin übergeben. Als aber die Kollegen bei diesem Herrn eintrafen, daß sie Streikarbeit machen, leiten sie einmütig die Arbeit wieder. An ihre Stelle treten als Arbeitswillige die Breslauer Studierende Perschke und Wiesner. Dadurch lassen sich die dort von einer anderen Firma beschäftigten Kollegen veranlassen die Arbeit einzustellen und nicht wieder aufzunehmen, bis die Arbeitswilligen von Bau entfernt sind.

\* Die Ruhigungen in Gaudan. Der Schlesiche Aero-Klub erläutert uns folgende Mahnungen an die Bürgerschaft auszusprechen: Die letzten zwei Tage haben dem Aero-Klub gezeigt, daß es kaum möglich sein wird, den Flugunterricht am dem Gaudaner Exerzierplatz weiter fortzusetzen, wenn die Breslauer Bürgerschaft unserer hoslichen Bitte nicht folgt und das Verreten des inneren Klages während der Hebungen unterbleibt. Im Interesse der Stadt Breslau und im Interesse der Bürgerschaft würde es der Schlesiche Aero-Klub am liebsten bedauern, wenn er sich aus dieſem Grunde gezwungen sah, die Flughebungen nach auswärts zu verlegen, womit ja dem Publikum das suhne Schauspiel eines fliegenden Apparates verloren ginge. Der Schlesiche Aero-Klub richtet hiermit nochmals vertrauensvoll an die Breslauer Bürgerschaft aller Kreise die hosliche aber dringende Bitte, während der Flug-Hebungen am Rande des Gaudaner Exerzierplatzes Anstand zu nehmen, sowohl im eigenen Interesse, wie auch im Interesse des Jublers des Flugzeuges, dessen Flugbahn auch schon schwer genug ist und im Interesse der Verantwortlichkeit des Klubs. Wir rechnen mit aller Bestimmtheit auf den Beistand der Breslauer Bürgerschaft und bitten besonders auch die Eltern, den Kindern das Verreten des Platzes aufs strengste zu unterlagen.

\* Herbst-Kontrollversammlungen. Alle in Kontrolle des Landwehrbezirks I Breslau, heimlichen Reservisten (Zahresklasse 1901 bis 1911) haben sich unter Mitwirkung ihrer Mutterpfeife punklich zu stellen: I. Probierzeit-Anstand in der Weche-Abteilungen von Donnerstag, den 2., bis Sonntag, den 1. November, um 8 und 10 Uhr Vormittags und 12 Uhr Mittags; II. alle anderen Woffen in sechs Weche-Abteilungen von Freitag, den 3., bis Dienstag, den 7. November, um 8 und 10 Uhr Vormittags. Die genauere Ort- und Zeitbestimmung der Weche-Abteilungen ist aus den roten Anschlagzetteln zu ersehen. Welche Befehle gehen den Mannschaften nicht zu. Eine Befreiung von der Kontrollversammlung wird nur in den dringendsten Fällen und nur dann genehmigt, wenn die Befreiungsgesuche amtlich beplaubigt bis Mittels 25. Oktober dieses Jahres bei der zuständigen Weche-Abteilung eingereicht werden.

\* Im Preussischen Landestheater für Frauenstimmrecht (Drahtgruppe Breslau) spricht morgen Freitag Frau Minna Gauer aus Berlin über die Reichstagswahlen und die Frauen. Der Vortrag wird abends 8 1/2 Uhr im großen Saal des Kaufmannsheim gehalten. Nach dem Vortrag freie Ausbrechung.

\* Die Damen- und Waisenpfeger aus dem Arbeiter-Lande versammeln sich Freitag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Zimmer I des Gewerkschaftshauses. Den einleitenden Vortrag wird der Parteisekretär Genosse Gustav Scholich halten.

\* Der Männer-Gesang-Verein "Sangerrunde" (Mitgliedhaft des Arbeiter-Sangerverbands) veranstaltet am nächsten Sonntag im Gewerkschaftshaus eine Herbstfeier, die ein ausgedehntes Programm aufweist. Einzel- und Chorlieder wechseln sich ab mit einem Klavierkonzert und einem Pro- und Epilog mit einem lebendigen Bild "Der Besessene" gechlosfen. Darauf folgt ein Tanzkranzen. Der Besuch kann nur empfohlen werden, um-al der Eintritt bei 19 Pfg. sehr billig ist.

\* Freie Turnerschaft Breslau. Die alljährliche Kartoffel- und Perinaspattie findet am Sonntag, den 22. Oktober, statt. Als Ziel ist Badisches Kaffeehaus in Klein-Majewik bestimmt. Der Abmarsch erfolgt um 8 Uhr vom Schlachthof Fobewik. Alle Freunde und Ganner der Arbeiterturner sind wie immer zu dieser Partie auf das freundschaftlich eingeladen.

\* Stadt-Theater. Donnerstag als Wohlthaters-Vorstellung "Die Fledermaus". Freitag: "Lohengrin". Die Partie des Lohengrin singt Herr Krönert. (Anfang 7 Uhr). Sonnabend: "Sofmanns Erzählungen". Sonntag: "Königskinder". Nachmittags zu kleinen Preisen, "Das Glöckchen des Eremiten". (Anfang 8 1/2 Uhr). \* Kob-Theater. Donnerstag: "Minna von Baenhelm". Freitag: "Julius Cäsar". Sonnabend: "Das weiße Land". Sonntag wird eine Aufführung von "Nathan der Weise" gegeben. Nachmittags zu kleinen Preisen "Die Stützen der Gesellschaft". (Anfang 8 1/2 Uhr).

\* Thalia-Theater. Donnerstag (Gruppe B) "Zappho". Sonnabend (grüne Karten) "Der Störenfried". Sonntag wird "Der Flieger" von Hans Breuer und John Lehmann, Musik von Friedrich Hermann, wiederholt.

\* Schauspielhaus. Donnerstag: "Das Mustelantemadel". Freitag: "Das Furkennzeichen". Sonnabend zum 1. Male die neue Operette "Der Kodelzigeuner" von Leo Kanner, Musik von Josef Straa. Der Komponist der Operette wird der ersten Aufführung beizuwohnen. Sonntag "Der Kodelzigeuner", nachmittags zu kleinen Preisen "Der Hofmogel". (Anfang 8 1/2 Uhr).

\* Bedeutende Brandwunden erlitt heute früh ein Dienstmädchen in dem Hause Freiburgerstr. 22. Sie wollte sich in ihrem Schlafgemach Wasser warm machen. Da es noch finster war, zündete das Mädchen eine Petroleumlampe an, die ihre armer aus der Hand fiel. Das Wasser der Lampe zerbrach und das ausfliehende Petroleum geriet in Brand. In wenigen Augenblicken stand auch das Bett in Flammen. Das Mädchen

erlitt Verbrennungen am rechten Gesichts. Sie selbst herbeigerufen. Feuerwehre lochte den Brand in wenigen Minuten mit der Eimerpyre.

\* Opfer der Not! Eine Witwe, die als Privatierin mit ihrer 42 Jahre alten Tochter zusammen auf der Kaufstr. wohnte, hat sich aus Nahrungsorgen mit der Tochter versammelt entschlossen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Sie öffneten am Dienstagabend den Gasventil in der Küche und ließen das Gas ausströmen, das ihren Schlafraum füllte und beide, während sie im Bett lagen, tten sollte. Das Fenster stand jedoch etwas offen, wodurch das Gas nach dem Plur abzog, so daß der Schlafraum, nur ungenugend mit dem giftigen Gase gefüllt wurde. Man fand die beiden Frauen, als man den Gasgeruch im Plur wahrgenommen hatte und in die Wohnung gedrungen war, wohl bejaubt aber nicht lebensgefährlich vergiftet. Die Mutter erholte sich bald ohne ärztliche Hilfe, die Tochter mußte ins Wenzel-Sande-Krankenhaus überführt werden, wo sie zurzeit auch außer Lebensgefahr ist.

\* Beim Fensterputzen von einer Leiter gefurzt ist Mittwoch nachmittags die Frau des Maschinenbauers Kreischer von der Westendstr. Auere Verletzungen waren nicht zu bemerken; doch klagte die Frau über heftige Schmerzen und wollte einen Arzt aufsuchen. Unterwegs vor dem Grundstück Frankfurterstr. 127 brach sie plötzlich bewußtlos zusammen. Sofort herbeigerufene Samariter der Feuerwehre von der Leibnizstr. leisteten ihr die erste Hilfe und veranlassen ihre Überführung ins Allerbekanntspital.

\* Ueber einen Schreck furzte eine Frau Mittwoch mittags auf dem Burkertien des Schwedener Stadionsbans, vor dem Landgericht, sie hat Verletzungen an den Beinen und an den Armen erlitten konnte sich aber, wenn auch unter großen Schmerzen, aufrecht und langsam ihren Weg fortsetzen.

\* Vermittelt wird seit dem 16. Oktober der 17 Jahre alte Schüler Georg Brauner, der Oltauer 43, bei seinem Stiefvater gerohnt hat.

\* Vom einem Radfahrer umgefahren wurde am Dienstag auf der Schwedenerstr. eine Maherin; sie erlitt eine Verletzung am rechten Fuße.

\* Ladenbrand. Mittwoch abend war Taschenstr. 16 in einem Stellenvermittlungsbureau und Verkaufsbureau für Schweizerartikel Feuer entstanden, das fast das ganze Innere des Ladens vernichtete. Die Feuerwehre konnte den Brand in wenigen Minuten löschen. Außer der Einrichtung fiel dem Feuer eine große Menge Tuch, Woll- und Lederwaren zum Opfer; der Schaden ist bedeutend, jedoch durch Versicherung gedeckt.

\* Von einem Fleischerwagen berfahren wurde am Mittwoch auf dem Striegeauerweg ein sechs-jähriger Knabe; er wurde am Kopfe erheblich verletzt.

\* Sturz von der Treppe. Ein pensionierter Bremser störte am Mittwoch, als er die Treppe zu seiner Wohnung auf der Bohrauerstr. emporstieg, ab und erlitt schwere Verletzungen am Kopfe. Er wurde ins Krankenhaus "Belgesda" geschafft, wo man ihm einen Verband anlegte; dann wurde er in seine Wohnung gebracht.

\* Ein Fahrrad (Hallen Modell 2, Nr. 273 466) ist Mittwoch mittags gegen 12 Uhr auf der Tannenkiessstr. einem Hausdiener gestohlen worden. Das Rad fand wenige Augenblicke am Vorsteck angelehnt, während der Hausdiener einen eisernen Ofen in einer Erdkammer-Wohnung abfertigte; als er zurückkam, war das Rad verschwunden.

\* Taschendiebstahl auf dem Hauptbahnhof. Am 15. Oktober wurde einer Frau von auswärts von einem unbekanntem Mann auf dem Hauptbahnhof ihr schwarzledernes Portemonnaie mit Inhalt gestohlen.

\* Ein Schornsteinbrand rief die Feuerwehre am Mittwoch nachmittags kurz vor 5 Uhr nach Rosenstr. 18c; durch Einschichten von Sand wurde der Brand bald gelcht.

\* Gefunden wurden ein Taschenrechner, ein Schusselband, eine silberne Herrenuhr, eine silberne Damenuhr mit Anlahner, drei Portemonnaies mit Inhalt, eine Wäge, ein Spilapparat, ein Zylinder, eine Damenhandtasche mit Inhalt, eine goldene Damenuhr und ein Karton.

Neueste Nachrichten.

Pause in den Reichstagsverhandlungen?

Berlin, 19. Oktober. In den Kreisen der Reichstagsabgeordneten wurde gestern abend das Geruch verbreitet, daß der Reichstag nach der Erledigung des Gesetzes über die Privatangelegenheitsversicherung sowie nach Erledigung der Interpellation über die Teuerungserhhungen der unentbehrlichsten Lebensmittel wahrscheinlich seine Plenarsitzung unterbrechen werde, um der Kommission für die Durchberatung des Angestelltenversicherungsgesetzes Zeit zu geben, ihre Arbeiten zu beschleunigen und baldmöglichst zu erledigen.

Frankreich und Deutschland.

Paris, 19. Oktober. "Matin" berichtet, daß die Berliner Reaktion nämlich im Sinne der französischen Kompensationsvorschlage sei. Das Blatt erläutert, es bestehe Anlass, zu glauben, daß bevor Deutschland mit Gegenvorschlägen antwortet, Herr v. Bethmann-Hollweg mit den Fuhrenern der Reichstagspartien in Füllung treten werde. Wenn die deutschen Gegenvorschläge dem französischen Vorschlag in Berlin noch heute unterbreitet werden, so wird der morgen unter dem Vorsitz des Ministerrats zusammengetretene Ministerrat sich schon zur Kenntnis nehmen können.

Von der chinesischen Revolution.

London, 19. Oktober. Die Nachricht, daß Nanjing gefallen sei, wird von dem Schanghai-Korrespondenten des "New York Herald" bestätigt. Nachdem die Soldaten entwaffnet waren, verließen sie die Stadt, die den Rebellen in die Hände fiel. Kuntana schloß sich dem Revolutionskommandeur der Revolutionäre an, die die Stadt und die Festsung an der anderen Seite des Flusses nahmen. Derselbe Korrespondent meldet auch noch, daß man den Luftstand in den Wungen fortz jeden Augenblick erwarte. In Peking ist vorläufig noch alles ruhig. Der Regent und die Wandlungsvordrager sind jedoch sehr beklrgt und zittern für ihr Leben. Hierzig Maschinengewehre sind zum Schutze des Palastes herangezogen worden.

London, 19. Oktober. Aus Schanghai wird telegraphiert: Nach den zuverlässigeren chinesischen Berichten aus Nanfan liegt der Vorteil bei der gestrigen unentschiedenen Schlacht bei Panlau bei den Rebellen. Diese geben jetzt Notizen im Nominalwerte von 200 Taels für 100 Taels aus.

Der Krieg um Tripolis.

Tripolis, 1. Oktober. Obgleich die Türken wenig Aussicht auf Erfolg haben, ist ihre Lage doch nicht so verzweifelt, wie man glaube. Man hatte die Türken Tripolis mit beutend mehr Propiant und Munition verlassen sehen, als der Dampfer "Dorna" ausgeladen hatte. Schließlich findet zurzeit die Dattel-Ernte statt, mit deren Hilfe der lastliche Soldat ernährt werden kann. Ihre Vorposten befinden sich zurzeit in Saucer und Anlaga, von wo aus sie die Italiener mit nachdringlichen Angriffen, wenn auch erfolglos, beunruhigen. Sie können jedoch die Kriegsschiffe die wichtige Stellung einnehmen lassen werden, mit Schiffsgeschutzen beschieen und vertreiben werden. In einer Stärke von 3000 Soldaten und 6000 oder noch mehr Arabern

halten die Türken die Karawanenstr. nach Tunis, die durch den Enghafen von Mafra-Arroun führt, besetzt.

Saloniki, 19. Oktober. Im Archipel wurde ein italienisches Schiff, welches Gynokoski mitgeladen hatte, von den Türken beschlagnahmt.

London, 19. Oktober. Die "Times" melden aus Konstantinopel: Man glaubt, daß die Vertrauensfrage während der gestrigen geheimen Kammer Sitzung nicht gestellt worden ist. Wie der "Daily Telegraph" meldet, befindet sich das türkische Kabinett in einer sehr schwierigen Lage und wird wahrscheinlich gelgt werden.

Table with 4 columns: Name, 1st, 2nd, 3rd. Title: Preisen der hadtisch in Warf-Notierungskommission. Breslau, den 19. Oktober.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with 10 columns: Station, Pegel, etc. Title: Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags von 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. 19 Gräbe. Wir empfehlen Ihnen, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Freiwillig gibt die Witwe nichts heraus und zu einer Klage können wir Ihnen nicht raten, da ihr Ausgang sehr zweifelhaft ist. 2. Bohrauerstr. Ja, dagegen ist von Gehebes wegen nichts zu machen. A. B. Breslau. Die Mannschaften des Heurlaubtenstandes haben dem Bezirkskommando ihren Wohnungsverwechsel bis zum 31. März der Jahre anzugeben, in denen sie 39 Jahre alt werden.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 19. Oktober: Brauerei- und Mahnenarbeiter. Versammlung im Saale. Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Bildungs-Zimmer. Bauer-Versammlung im Zimmer 2. Arbeiter. Versammlung im Zimmer 3. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bucherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Freitag, den 20. Oktober: Armenpfeleger-Versammlung im Zimmer 1. Les- und Diskussionsklub, 8 1/2 Uhr im Zimmer 5. Sonnabend, den 21. Oktober: Arbeiter-Radsfahrer. Sitzungsfeier. Bildhauer. Versammlung im Zimmer 5. Sonntag, den 22. Oktober: Männer-Gesangverein "Sangerrunde", Stiftungsfeier. Schiffszimmerer. Nachm. 4 Uhr: Versammlung im Zimmer 1. Montag, den 23. Oktober: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bucherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

"Volkswacht"-Agitation. Sonntag, den 2. Oktober, findet von dem Lokal: Enderstr. 6 aus eine Agitation für die Volkswacht statt. Wir erziehen alle, besonders die Genossen der Distrikte 8 und 9a um recht rege Teilnahme. Distrikt 15 (Oltauer Tor). Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 8 Uhr vom Gewerkschaftshaus aus: Agitation für die Volkswacht. Da die jetzige Zeit am günstigsten für die Werberarbeit ist, erwartet auch aus anderen Distrikten starke Beteiligung. Der Distriktsfuhrer.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt 7 (Bezirk Klein-Gaudan, Kofel, Biskin, Schmiedefeld, Wafstern). Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 9 Uhr bei Milsche in Kofel: Außerordentliche Parteiversammlung. 1. Wahl eines Distriktsfuhrers. 2. Vortrag. 3. Vereinsangelegenheiten. Genossen, weil der Referent noch in einer anderen Versammlung zu tun hat, muß unsere Versammlung so zeitig abgehalten werden. Seid deshalb alle punklich um 9 Uhr zur Stelle. Land-Distrikt 10 (Grabischen). Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr im Lokal von Milsche, Grabischen: Bildhauervortrag der Genossin Wartenberg. Genossen, sorgt für guten Besuch. Der Distriktsfuhrer. Land-Distrikt 11/12 (Bezirk Koberwitz, Vetschhilf, Krotz- und Baumgarten). Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Allgemeine Mitlieder-Versammlung. Wo, sagen die Bezirksfuhrer. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht von der General-Versammlung. 3. Die Lokalfrage in Koberwitz. Genossen, seid alle zur Stelle. Land-Distrikt 11/12 (Bezirk Kleinburg). Montag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr bei Seiler, Koberwitz: Außerordentliche Mitlieder-Versammlung. 1. Vortrag. 2. Die Parteiverhaltnisse in Kleinburg. 3. Vereinsangelegenheiten. Land-Distrikt 11/12. Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 Uhr: Frauenabend bei Riedel. Tagesordnung: 1. Die Forderungen der Frauen. 2. Referent: Genossin Lawatsch. 2. Unvorne Weihnachtsfeier. 3. Berichtsbens. Land-Distrikt 16. Bezirk 3 (Sta elms und Herrndorf). Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr bei Rohd: Jubilaumfest der Mitglieder. Wichtige Angelegenheit. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Land-Distrikt 20 (Bezirk Sachwitz). Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr bei Sachwitz: Wichtige Agitations-Sitzung wegen der Lokalfrage. Referent: Genosse Scholich. Genossen, seid punklich zur Stelle.

Advertisement for Kufeka baby food. Text: Kinder-nahrung, hervorragend bewährt, Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörungen. Kufeka, Marken-Kost.



Abrahamspöckl & Co. ... Bilz-Sinalco ...

Fritz, W. ... Rein, Joh., Schmiedestr. 17-18 ...

Blumenhandlung und Kränze ... Blumen u. Kostümröcke ...

Eisen- u. Stahlwaren ... Eisen- u. Stahlwaren ...

Fischer & Comp. ... Putz, Modes ...

Fleischereien u. Wurstfabriken ... Herron-Garderobe ...

Hüte und Mützen ... Garth, H. ...

Kinderwagen ... Goetz Söhne, ...

Kolonialwaren ... Hecht & David, ...

Korsetts ... Lampen ...

Manufaktur-Modewaren ... Feige, Anna ...

Milch- und Butterhandlungen ... Göttsch, Josef ...

Möbel-Magazin ... Rogoll, P. & Co. ...

Optiker ... Heidrich, Stadtheater ...

Pantoffel- u. Holzschuhfabrikat ... Galke, Max ...

Wilhelmshöhe ... Stöckel, W. ...

Sargmanazine ... Göttsch, Josef ...

Schankwirtschaften ... Burgardt, W. ...

Schneiderei-Artikel ... Kirchhoff, W. ...

Schuhwaren und Schuhmacher ... Wiese, Gustav ...

Schirme, Stöcke ... Ritz, W. ...

Schneider-Artikel ... Kirchhoff, W. ...

Schuhwaren und Schuhmacher ... Wiese, Gustav ...

Schuh-Union ... Gabel, Wilhelm ...

Uhren und Goldwaren ... Alter, P. ...

Raufhaus Heilborn ... Kaufhaus „Adler“ ...

Rauhaus Nord-West ... Kaufhaus „Zur Einigkeit“ ...

Riedel, Anton ... Wäsche, Trikotagen ...

Werkzeuge, Baubesorgung ... Friedrich, Gehr. ...

Wild- und Geflügel ... Wilder, A. ...



Deutscher Reichstag.

191. Sitzung, vom Mittwoch, 18. Oktober, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Bethmann-Hollweg und Welbrück.

Zunächst stehen die Interpellationen über Auswärtige Politik zur Verhandlung.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Ich bin bereit, die Interpellationen zu beantworten. Für vollberechtigt halte ich den Wunsch des Reichstags, halbmonatlich von der Regierung Auskunft über die auswärtige Lage zu erhalten.

Präsident Graf Schwerin: Damit ist dieser Gegenstand für heute erledigt.

Die Interpellation über die Teuerung erklärt sich der Reichskanzler bereit, am nächsten Montag zu beantworten.

Die Mißhandlung des Vereinsrechts.

Es folgt die Interpellation des Abgeordneten Dr. Schürer über die Mißhandlung des Vereinsrechts. Die Interpellation lautet:

Ich dem Kaiser bekannt, daß von Seiten einer Reihe von Behörden erhebliche Bedenken gegen den klaren Wortlaut des Vereinsgesetzes beanstanden worden. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um dem erwähnten Gesetze seitens der Behörden Geltung zu verschaffen?

Staatssekretär Dr. Welbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Albrecht (Soz.):

Obwohl das Gesetz erst seit 2 1/2 Jahren besteht, sind bereits dreimal Interpellationen über seine Handhabung eingelaufen. Statt sich zu bessern, haben sich die Verhältnisse vielmehr verschlimmert. Das Gesetz macht öffentliche Versammlungen, aber nicht Mitgliederversammlungen politischer Vereine angezeigbar. Mit seinem Wort ist von der Angelegenheit der Mitgliederversammlungen die Rede, ebensowenig von der Überwachungsbehörde. Das Gesetz befreit die Überwachungsbehörde von der Angezeigbarkeit von Versammlungen und Mitgliederversammlungen. 2/3 Jahre hindurch hat zum Beispiel auch die Polizeibehörde von Halle a. S. nach diesen Bestimmungen gehandelt. Im September 1910 aber veränderte sie ihre Haltung und erteilte Befehle zur Überwachung in Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Wandvereins.

angeblich so e Organisation der Wahlvereine.

Dieser Vorwand ist äußerlich nichtig. Die sozialdemokratischen Wahlvereine sind nun nichts als organisiert, als die Wahlvereine anderer Parteien. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Das Bundesgesetz der Wahlvereine ist hermit noch nicht erlassen. Eine Kommission jüdischer Leute, die darüber beriet, wie man sich am besten unterhalten könnte, wurde nie politisch erklärt und aufgelöst und es wurden Verfügungen vorgenommen, obwohl der Herr Widerstand vorlag. So wurde der Wandvereiner, der die Notizen abgab, verhaftet, weil er ein Wort nicht verstehen habe. Auch der Redner wurde verhaftet und drei Tage in Unterhaft behalten. Das sind ja wahrhaftig russische Zustände. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Der Redner wurde übrigens freigelassen, weil das Gericht nach dem Wandvereiner unter 5 Kollegen keine Sache zu der Überwachung gelangte, daß eine politische Versammlung nicht stattgefunden habe. Das ganze Vorgehen der Polizei war also ungesetzlich. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Waren unsere Parteien in Halle nicht so vorzüglich diszipliniert, so könnte es leicht zu Zusammenstößen mit der Polizei kommen. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Das wollen Sie ja! Wenn es dazu kommt, sind nicht wir davon schuld, sondern die Polizei. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Am Nachmittag hat man zwar ohne den geringsten Grund unter Eröffnungen auf drei Stunden geschlossen. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Der Polizeikommissar gebärdete sich wie rasend. Der Mann scheint überhaupt nervös zu sein, sonst könnte er nicht in solcher Weise vorgehen.

Der Vorsitzende des Freidenkervereins

In Halle wurde mit einer Geldstrafe belegt, weil er einen wissenschaftlichen Vortrag über die Abschaffung der Todesstrafe gehalten; das Gericht erklärte, die Versammlung habe in einem Lokal stattgefunden, wo immer politische Versammlungen stattfinden, deshalb ist sie politisch gewesen. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Nach dieser Logik müßten alle Versammlungen in Lokalen, in denen politische Versammlungen sonst nicht tagen, unpolitisch sein. (Zehr wahr! b. d. Soz.) In zahlreichen Fällen, aus den verschiedenen Teilen des Reiches, wurden Vereinsversammlungen von Polizeibeamten überwacht. Das Oberverwaltungsgericht in Sachen erklärte die Polizei für berechtigt, in alle öffentlichen Versammlungen Verurtheilte zu entsenden. In Kiel wurde um umgekehrten Sinne entschieden. Bekannt ist ferner das Verbot der Ausführung des Heiligen „Jesus“ in Eisenach, die von einem Verein vorbereitet war. Auch Gau-leiter und Ortsvorsitzende von Gewerkschaften werden andauernd

gesetzwidrig aufgefordert, Mitgliederverzeichnisse einzurichten.

In einem Fall war der Amtsvorsteher, der das verlangte, zugleich im Hauptamt Direktor einer Glashütte. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Auch die Maul- und Klauenseuche muß dazu gehalten, gewerkschaftliche Versammlungen zu beanstanden. Wenn diese Gewerkschaftsbeamten vor Gericht auch freigesprochen werden, so laden diese Anlagen doch eine Unsumme von Zeiterlust und Unbequemlichkeit dem Betroffenen auf. Indem man die gewerkschaftlichen Filialen für politisch erklärt, wird das Vereinsgesetz geradezu in's Gegenteil verkehrt. (Zehr wahr! b. d. Soz.) In Sagan hat der Bürgermeister Achilles, Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei (Zehr wahr! b. d. Sozialdem.) sogar den Umgang eines Gefangenens verboten. Auch an der Saalabreibe beteiligten sich eifrig Polizeipräsidenten. Und fortschrittliche Bürgermeister, wie der frühere Reichstagsabgeordnete Gölmer, mitterteim im Verbot von

Versammlungen unter freiem Himmel

mit konservativen Landräten. Ein Amtsvorsteher im Kreise Dirschberg genehmigte eine solche Versammlung mit dem Vermerk: wenn keine aufreizenden Reden gehalten werden. (Weiterer! b. d. Soz.) Auch die Jugendorganisationen und die Sportsvereine werden fortgesetzt schikaniert. Ich erinnere nur an den Erlaß des preussischen Polizeiminister v. Dallwitz und an die Auffassung der Jugendorganisationen in Berlin. Seit diesem Erlaß, der erklärt, daß die Jugendorganisationen in der Regel als politische Vereine anzusehen seien, ist ein wahres Klebstreben gegen sie organisiert. Aber wir Sozialdemokraten werden immer und immer wieder darauf hinweisen, daß das Vereinsgesetz kein Ausnahmengesetz ist, es sollte mit ihm ein Gesetz geschaffen werden zur Freieren und loyaleren Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, statt dessen ist es sich immer mehr und mehr zu einem

Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie

zu. (Zehr wahr! bei den Soz.) Wir stehen auf dem Boden des Gesetzes, (Zehr wahr!) Jawohl, wenn es sich nicht um ein Ausnahmengesetz handelt. Wir weisen uns nicht, bei dem Soldaten spiel unsere Ehre hinzugeben. Wir verstoßen nicht gegen die Schulgesetze, wir zahlen unsere Steuern und wir müssen für Ihre Rostpolitik nicht zahlen. Wir verlangen aber auch von der Regierung und den herrschenden Mächten, daß die Gesetze geachtet werden und deshalb frage ich den Reichskanzler, was er zu tun gedenkt; um dem Vereinsgesetz endlich Geltung zu verschaffen. (Zehr wahr! bei den Soz.)

Staatssekretär Welbrück:

Den Beschwerden über unzureichende Handhabung des Vereinsgesetzes, die in der Presse erhoben werden, bin ich nachgegangen und habe stets festgestellt können, daß zwischen der Reichsregierung und den Bundesregierungen zwar lässliche Meinungsverschiedenheiten über die Handhabung und Auslegung des Vereinsgesetzes nicht bestehen. Damit habe ich das getan, was ich verfassungsmäßig verpflichtet bin, befehl bin, denn die Handhabung der Gesetze in den Bundesstaaten ist den Einweisen der Reichsbehörde entzogen, sofern es sich nicht um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und den Bundesregierungen handelt. Daß das nicht der Fall ist, stelle ich auch in Bezug auf den oft zitierten Erlaß des preussischen Ministers vom 16. April 1910 fest; auch nach diesem Erlaß sind nicht allgemein öffentliche Aufzüge und Versammlungen zu verbieten, sondern die Verhältnisse des einzelnen Falles zu prüfen. Und der preussische Minister des Innern hat mir mitgeteilt, er habe Vorbehalte getroffen, daß der Erlaß nicht in seiner vollen Fülle angewandt werde. Auch darin bin ich mit dem preussischen Minister des Innern einverstanden, daß bei der Handhabung des Vereinsgesetzes, bei Besuchen um die Genehmigung öffentlicher Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel die Veranlassung unzutreffender Gründe und Scheingründe nicht zu billigen ist.

Das ist eigentlich selbstverständlich.

(Große Beifälle.) Auch der preussische Minister des Innern hat Anordnungen getroffen, daß nach diesen Grundsätzen verfahren wird. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Es kümmert sich niemand darum! Erörterungen über das Vergehen der einzelstaatlichen Beamten gehören vor das Forum des betreffenden Landtags. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Jedenfalls können wir hier die einzelnen Fälle schon nach der tatsächlichen Seite nicht kontrollieren. (Zehr wahr!) richtig! richtig! Zehr wahr! b. d. Soz.: Das paßt Ihnen so! Selbstverständlich werde ich das Material den Bundesregierungen zugänglich machen. Ich würde mich nicht darauf, daß in 23 von 70 Fällen mit einem Rechtsmittel überhaupt nicht angegriffen sind. Man kann aber die Landesbehörden für die Fälle nicht verantwortlich machen, mit denen sie garnicht befaßt worden sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, möglichst alle strittigen Fälle

zur Entscheidung der letzten Instanz

zu bringen. Das ist der einzige Weg, um Klarheit über die juristische Auffassung der Bestimmungen des Gesetzes zu schaffen. Ich möchte auf einige grundsätzliche Fragen der Auslegung eingehen. So können dauernd Klagen darüber, daß die Polizeibehörden Versammlungen überwachend, die nach dem Vereinsgesetz nicht überwacht werden dürfen. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat das preussische Oberverwaltungsgericht den streits der überwachungsamtlichen Versammlungen in gewisse Grenzen einbeschränkt, während das Reichsgericht sowie das Kammergericht und einige andere Gerichte der Meinung sind, daß alle öffentlichen Versammlungen von der Polizei überwacht werden dürfen. So lange die Entscheidung des Reichsgerichts zu Recht besteht, wird jedenfalls niemand darüber Beschwerde führen können, wenn nach ihr verfahren wird. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und die Erklärungen der Regierung bei Erlaß des Gesetzes! Sie kann mich für meine Ansicht auf eine Autorität im Reichstage berufen, Herrn Müller-Meinungen. (Große Beifälle bei den Sozialdemokraten.) Ferner ist die Frage strittig, wie Versammlungen geschlossene Vereine in Bezug auf die Überwachung zu behandeln sind. Es fragt sich dabei, ob die Versammlung eines geschlossenen Vereins in einzelnen Fällen als öffentlich zu bezeichnen ist. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das wird sich aus der Art der Verhandlung, der Tagesordnungsaufstellung und daraus ergeben, ob sich Leute an der Erörterung beteiligen, die nicht Vereinsmitglieder sind.

Eine Gewerkschaftsversammlung an sich

ist natürlich nicht der politischen Überwachung unterworfen. Wenn aber feststeht, daß die Gewerkschaft gewissermaßen nur ein Laden hat, daß aber jedermann, der sich dafür interessiert, sich an den Erörterungen beteiligen kann, so ist die Versammlung eine öffentliche. Allgemeine Normen über das Vorgehen dieser Voraussetzungen können nicht festgestellt werden. Werden sie zu unrecht angenommen, so stehen die Rechtsorganen des Gesetzes dagegen zur Verfügung. — Ob die Polizeibehörde einen Einfluß auf öffentliche Versammlungen hat, wird von einzelnen Gerichten verneint, von anderen bejaht; das letztere in Über einstimmung mit der früheren Praxis in Preußen. Wir werden die letztinstanzliche Entscheidung abwarten müssen. Dagegen ist die Frage, ob eine Versammlung aufgelöst werden kann, weil sie über die

geborene Polizeistunde

tags, zu verneinen, denn die Voraussetzungen zur Auflösung sind im § 14 des Vereinsgesetzes erschöpfend geregelt. Was das Vorgehen gegen die sogenannten sozialdemokratischen Jugendvereine betrifft, so hat der preussische Minister lediglich seine Pflicht getan, wenn er die Behörden auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts aufmerksam gemacht hat. Der Gedanke dieses Gerichts ist unbedeutend: Nach § 2 kann ein Verein, der den Strafgesetzen zuwiderläuft, aufgelöst werden, und nach § 18 dürfen Personen unter 18 Jahren nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein, für die Zwangsverhandlung werden Strafen festgesetzt. Danach ist ein Verein, der sich mit politischen Angelegenheiten befaßt, mit dem Strafgesetzbuch in Widerspruch, wenn er Personen unter 18 Jahren aufnimmt. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch ein Radfahrerverein kann politisch sein, wenn nachgewiesen wird, daß er Einfluß auf politische Angelegenheiten ausübt. — Die Verpflichtung der Vereinsvorsitzenden zur Ausweisverteilung an die Polizei besteht nur noch insoweit, als die Polizei überhaupt im allgemeinen solche Auskünfte verlangen kann. Öffentlich wird die Tätigkeit der Gerichte dazu beitragen, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Handhabung des Vereinsgesetzes geringer werden. (Zehr wahr! bei den Soz.)

Auf Antrag des Abg. Rebel (Soz.) wird die Besprechung der Interpellationen beschlossen.

Abg. Gröber (Ztr.):

Der Reichstag hat zwar keine Disziplinarmittel gegenüber den einzelstaatlichen Beamten, aber er hat das Recht über Verstöße solcher Beamten zu sprechen. (Zehr richtig!) Klarheit über die Bestimmungen des Vereinsgesetzes herrscht wohl nur bei dem Vater des Gesetzes Herrn Müller-Meinungen. (Zehr wahr!) So kann niemand mit Sicherheit sagen, welche Verammlungen überwacht werden dürfen. Man sagt, die Polizeibehörde solle sich an die richterliche Entscheidung halten. Aber an welcher? Die höchsten richterlichen Instanzen haben ja sehr verschiedene Entscheidungen gefällt, so A. B. in der Frage der Polizeistunde. Seltener die Bestimmungen über Polizeistunde auch für Wahlversammlungen. Gerade bei einem so wichtigen Gesetz muß der Gesetzgeber klar sagen, was er will. Daß das nicht geschehen ist, darin liegt der schwerste Fehler des Vereinsgesetzes. (Zehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Dr. Junz (Natl.):

Die grundsätzliche Übereinstimmung des Staatssekretärs mit den Landesverwaltungsbehörden nützt uns nichts, wenn die letzteren nicht die Energie haben, ihre Grundzüge auch bei der Anwendung zur Geltung zu bringen. (Zehr richtig!) Zehr seiner nicht-räucherlichen Anwendung bedeutet das Vereinsgesetz eine wesentliche Verbesserung des früheren Zustandes. (Zehr wahr! bei den Soz.) — Junz im Zentrum: Sie sind sehr bescheiden! Wenn auch nur ein Teil der angeführten Fälle richtig ist, so liegt eine grundsätzliche unrichtige Anwendung der sehr klaren Grundlagen des Gesetzes durch die unteren Verwaltungsbehörden vor. Eine Beschränkung von Versammlungen durch die Polizeibehörde kennt das Vereinsgesetz nicht. Es sollten bei den bevorstehenden Wahlen den Vereinen dadurch keine Schwierigkeiten gemacht werden. Manche Verhältnisse, wie das Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel, weil die Fasanen auf dem Nachbargrundstück gestört werden könnten, bedeuten eine direkte Verletzung des Gesetzes. (Zehr wahr! bei den Soz.) Die unteren Verwaltungsbehörden würden berattigt nicht wagen, wenn sie nicht glauben, auf nachsichtige Behandlung rechnen zu können. (Zehr wahr! Zustimmung links.)

Abg. Hans Eder zu Buzitz (kons.):

Die Verhandlung hat erneut erwiesen, daß die Aufsicht führenden Behörden in lokaler Weise bemüht sind, das Vereinsgesetz seinem Wortlaut nach zur Durchführung zu bringen. Verstöße sind namentlich bei neuen Gesetzen unvermeidlich. Wir unterwerfen uns der Regierung auffordern, dafür zu sorgen, daß bei genehmigten öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel oder im Freien die Ordnung sich nicht vollstrecken ausmaßen, die allein der Polizei aufstehen. (Zehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Korfauch (Volk):

Die Liberalen wie Müller-Meinungen sind viel zu vertrauensselig gegenüber den Verfügungen des damaligen Staatssekretärs Bethmann-Hollweg gewesen. Unter den lächerlichsten Vorwänden werden namentlich Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Eine Versammlung wurde wegen der Gendarmenmarschierenden Fasanen verboten (Weiterer!), eine andere, weil Gefahr bestünde, daß die Teilnehmer auf dem Nachbargrundstück ihre Bedürfnisse verrichten würden. (Weiterer!) Wieder eine andere, weil die Arbeiter des betreffenden Zirkels notoriische Trunkenbolde seien. (Zehr wahr!) Solche Gemeinheiten sind nur in Preußen möglich. Ich habe hier Bemerkung für insame Rechtsbeugungen des Landrats des Kreises Rosenberg in der Hand. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwis ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. Zehr wahr! bei den Soz.: Rufen Sie lieber den Landrat zur Ordnung.

Abg. Korfauch: Ich habe keine andere Bezeichnung für einen solchen Mann.

Präsident Graf Schwerin-Löwis ruft den Redner zum zweiten Male zur Ordnung.

Abg. Korfauch fährt fort und schließt mit der Erklärung, daß mit diesem System getrocknet werden müsse, wenn nicht das und Verachtung in die Herzen aller Polen einziehen sollten. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Welbrück: Es ist zwecklos, hier Einzelfälle näher zu erörtern. Das geschieht praktischer in den Einzelstaaten. Eine Reihe der angeführten Fälle unterliegen noch der richterlichen Beurteilung. Ich billige keineswegs in allen hier vorgetragenen Fällen das Verhalten der Behörden; ich bin vielmehr der Meinung, daß bei der Auslegung des Vereinsgesetzes mehrfach in einer Weise verfahren wird, die den eigenen Interessen der Behörde nicht entspricht. Diese Auffassung wird aber auch grundsätzlich von den Bundesregierungen, speziell der preussischen, geteilt. (Zehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hüffel (Natl.) erklärt, daß ein solches Gesetz wie das Vereinsgesetz sich erst einleben muß.

Die weitere Besprechung wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr. Außerdem zwei Interpellationen des Zentrums und der Freisinnigen über die Maul- und Klauenseuche. Schluß 6 Uhr.

Der neue Prozeß Maltzahn-Beder.

Stettin, den 17. Oktober.

Aus der heutigen Verhandlung erfuhr man u. a., daß das Disziplinarricht auch wegen eines Verstoßes gegen die „Maltzahn-Beder“, den Beder in der „Stettiner Landeszeitung“ veröffentlicht hatte, gefaßt wurde. Diesen Artikel abzuwickeln, glaubte sich Herr Beder bemüht. Dann fuhr er fort: Die Gegenseite glaubt das Recht zu haben, sich auf Kosten des Staates zu verpflegen, und ich sollte als abschreckendes Beispiel diszipliniert werden. Man hat mich beurteilt, weil ich es im Landrat Ostroth gegenüber an der nötigen Achtung habe fehlen lassen, der wegen Stillschließens nach § 175 festbriefflich verfolgt wurde. Ich habe das Disziplinarricht eine Majestätsbeleidigung genannt, weil es die Heberdicht trägt. — Im Namen des Königs, und weil das Verfahren gegen mich nicht ordnungsmäßig war. — Vorsitzender: Es sind Ihnen angeblich 11 Mark 35 Pfennig Beiträge der Baugewerkschaft zu überlassen auf viel angedroht worden. Sie sprachen deshalb in einem Schreiben an den Landratsminister von „dreifachen Einträgen“ in Ihre Vermögensrechte und von „unbewußten Zurträgen“, die der Landrat zur Schädigung eines politischen Gegners verwendet habe. Sie sagen weiter, daß „dieses echt Bild öffentlicher Verwaltungswirtschaft beweihe, daß die allgemeine preussische Verwaltung gänzlich Bankrott gemacht habe.“ — Angeklagter: Das Reichsverwaltungsamt hat nachher entschieden, daß mir die Beiträge zu Unrecht abgenommen wurden. Der Landrat ist für diese falsche Berechnung schuldig verantwortlich. — Vorsitzender: Sie sprachen auch von „bewußt ungewissen Angelegenheiten“ des Landrats. — Angeklagter: Das kann nicht aufrechterhalten werden.

Hierauf begann die Zeugenvernehmung. Regierungspräsident Blomherer-Stralund erklärt, daß, wenn er Landrat gewesen wäre, er den generellen Beschluß des Reichsverwaltungsamtes, von Beder abhängige Persönlichkeiten niemals als Staatsbeamte zu beschäftigen, nicht zugelassen hätte. — Nebenklager Freiherr von Maltzahn: Das Regierungspräsidium informierte mich über Beder, aber eine Beteiligung auf Dienstleistung habe ich nicht bekommen. Als er seinen Inspektor zum Staatsprüfungsamt ernannte, bestätigte ich ihn nicht, weil er mir nicht zuverlässig genug erschien. Ich würde mich bemühen, Herrn Beder zu zeigen, daß ich gegen ihn persönlich nichts habe. Ich kam einmal mit ihm in ein höfliches Gebräch, als der Lehrer



von Kischow, Beder und ich gegen die Wahlarrangements der Kommissarischer Zusammenkunft, die die beschriebenen Wünsche des Lehrers nicht erfüllen wollten. Halb aber griff mich Beder im "Breitschwalder Tageblatt" persönlich an. In dem generellen Beschluss auf Nichtbeteiligung von Beder abhängiger Gewerkschafter habe ich noch nicht mitgewirkt. Die Ruhe im Kreise wurde 1901, als Götchein gewählt wurde, erheblich gestört. (Wie, das sagt der Landrat nicht.) 1906 regte ich an, Beder das Gewerkschaftsamt eventuell wieder zu übertragen. Ich wollte ihn nur zu sozialer politischer Befähigung bewegen, nicht aber ihn auf die konterrevolutionäre Seite hinüberziehen. Aber meine Annäherungsversuche scheiterten. Der Junge schiedert dann eingehend die Differenzen mit Beder. Er hat natürlich immer einwandfrei gehandelt. Aus dem hierauf verlesenen Bericht v. Kischows an den Regierungspräsidenten in Stralsund geht hervor, daß der Landrat dem mit der Annahme Beder's Anerkennung zollt. Er fragt den Regierungspräsidenten, wie weit er Beder einmengenkomme dürfe. Der Regierungspräsident hat dieses Bestreben des Landrats gebilligt und gegen die Wiederübertragung der Gewerkschaft nichts einzuwenden. — Den Inhalt des Tages bildet eine Erörterung darüber, daß Beder angeblich wegen seiner Vorstrafe (hier Wochen wegen Verleumdung) nicht befristet worden sei, andere aber trotz Verstrafung wegen Jagdvergehens z. B. befristet wurden. — Mittwoch in keine Sitzung.

### Arbeiterbewegung.

**Zum Streit der Eisenformer und Gießerarbeiter in Berlin.** Am Stand des Streits ist eine wesentliche Veränderung bis jetzt nicht eingetreten. Die vorhergehenden Wirkungen des Streits, Gutsverkauf und infolgedessen Ansehen oder auch Einschüchtern der ortslichen Arbeiterzeit, seien von Tag zu Tag mehr in die Ferne gedrängt. Auf das Schreiben der Organisationsleitung, worin den Metallindustriellen mitgeteilt wurde, daß die Former und Gießerarbeiter beschließen haben, die Arbeit ruhen zu lassen, im übrigen aber zu Verhandlungen bereit seien, hat der Verband der Metallindustriellen geantwortet, daß er bereit sei, die vom Metallarbeiter-Verband abgetretenen Verhandlungen fortzusetzen, sowie er mittels Forme, daß die streikenden Former und Gießerarbeiter ihre Arbeit wieder aufgenommen haben. Die am 17. Oktober stattgefundene Streikerversammlung nahm zu dieser Antwort Stellung. Nur wenige Worte wurden zu dem Schreiben geäußert und dann erfolgte, um durch Abstimmung die Meinung der Streikenden festzustellen, die einstimmige Ablehnung. Nach dieser Sachlage ist am Ende des Streits noch nicht abzusehen. Es ist deshalb notwendig, daß der Bezug von Forme und Gießerarbeitern nach Berlin ferngehalten wird.

**Streik in der Dresdener Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik.** Am Montag, den 16. Oktober, haben aus den Betrieben S. A. v. Voigt, P. v. Voigt u. A. u. h. v. n., Lohde u. C., Knaack, Riedel u. Engelmann, Jordan u. Dimant, Gerling u. Kochsch, König, Schiele, zusammen gegen 250 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer waren die Forderungen, die in einigen Positionen noch etwas reduziert wurden, am Montag von den Arbeitern als Minimum vorgelegt worden. Die Unternehmer waren zu keiner Einigung zu haben. Inzwischen ist bereits mit der großen Zuckerfabrik Gebr. Höpmann (40 Personen) und der Zuckerwaren- und Schoko-Fabrik A. S. (12 Personen) eine Vereinbarung durch Intervention der Forderung zustande gekommen. In Betracht kommen für die Arbeiter in die Bewegung einbezogenen Betriebe, die noch nicht bewilligt haben, insgesamt rund 400 Personen, jedoch rechtlich zweidrittel davon die Arbeit einstellen. In mehreren Großbetrieben ist der Streik ein vollständiger, es besteht somit die beste Aussicht auf einen guten Erfolg der Bewegung. Zugang ist feingehalten.

**Streik der Schächlergehilfen in Ansbach.** Die im Zentralverband der Bayerischen organisierten Schächlergehilfen in Ansbach streiken. Die Gehilfen hatten vor einiger Zeit den Meistern einen Tarifvertrag unterbreitet, die haben jedoch jede Verhandlung mit der Organisation abgelehnt und auch die Bemerkung des Gewerkegerichts sofort zurückgewiesen. Der Widerstand der Arbeitgeber wird bekräftigt durch das verratene Verhalten des Schächlergehilfenkollektivs. Der hiesige Arbeiterverband hat, der über eine Tarifschließung, dem eine Tarifvertrag der unterstellten Lohnverhältnisse der Gehilfen bedeutet. Die Gehilfen arbeiten weiter und haben so den Meistern den Nachteil, die den schlechten christlichen Tarif auch den herorganisierten Gehilfen aufzwingen wollen. Zugang von Schächlern nach Augsburg ist streng ferngehalten.

**In den Differenzen auf der 'Carlshütte' in Hendsburg.** Durch den Ausstand der Former und Gießerarbeiter gerieten die übrigen Abteilungen des Werkes ins Stocken. Die Arbeiter im Maschinenbau können nur noch sechs Stunden täglich arbeiten und bald dürfte es auch damit vorbei sein. Ein Versuch der noch im Betrieb befindlichen Arbeiter der übrigen Abteilungen, nochmals eine Verhandlung wegen Beilegung der Differenzen herbeizuführen, scheiterte an dem Verhalten der Direktion. Statt dessen werden von dieser die Versuche fortgesetzt, Arbeitswillige heranzuziehen. Ein Teil der herangezogenen Arbeitswilligen hat aber bereits wieder die gewöhnliche Stätte der 'Carlshütte' verlassen.

### Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

#### Die Abjagung Oppersdorffs in Glas

ist jetzt auch formell im Gange. Das Zentrumorgan im Wahlkreise Glas-Schlesien, der 'Glasger Gebirgsbote', bringt folgende, anscheinend von den dortigen Parteimitgliedern stammende Mitteilung:

Das Wahlkreisamt der Zentrumspartei des Wahlkreises Glas-Schlesien wird im Laufe der nächsten Woche zusammenkommen, um definitiv zu der Frage der Reichstags-Kandidatur für die nächste Wahl Stellung zu nehmen. Es kam daher im Interesse der Wähler und des Wahlkreises, daß man den Spruch des Wahlkreisamtes abwarten möge, um danach die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Es ist besonders sehr dringend erwünscht und notwendig, daß Versammlungen der Zentrumswähler in den verschiedenen Wahlkreisen des Wahlkreises erst einberufen werden, wenn die Kandidatenfrage dem Wahlkreisamt, das dem Kaiser zuwider ist, gelöst ist. Wir rufen daher die Wähler an alle Zentrumswähler des Wahlkreises, im Interesse der Partei diese Wünsche zu erfüllen und die Einberufung des Komitees abzuwarten.

Zur Erläuterung dieser Schieber-Nachricht eine Zuschrift der 'Glasger Zeitung' aus Salsch. Dort heißt es:

Am 12. Oktober, abends 8 Uhr, fand im großen Saale des Gasthofs zum Deutschen Kaiser eine Zentrumswähler-Versammlung statt, die gut besucht war. Sie war von einem hiesigen Bürger einberufen worden. Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis, Reichstags-Oppersdorff, erklärte einen Bericht über die Arbeiten der verflochtenen Sitzungsperiode. Besonders bemerkt wurde das Behalten der Geselligkeit der Umgegend. Schon am Tage vorher hatte eine Versammlung in Hirschberg ohne die Geselligkeit gelang. Aus der Versammlung heraus wurden verschiedene Wünsche dem Abgeordneten vortragen. — Die Versammlung, die auf Behalten der Geselligkeit abzielte, so ist nicht verwirklicht worden. Sollte den

Wahl haben, Stimmung für eine neue Kandidatur Oppersdorff zu machen. Dafür ist in Salsch und Umgegend eine geordnete blieben drei Viertel der Anwesenden blieben. Wenn die Zentrumspartei in Glas an der Kandidatur Oppersdorff scheitert, dürfte ein großer Rückgang wählbarer Zentrumstimmen die Folge sein, und die Veränderung des Volkes nimmt noch mehr zu. Gibt es denn keinen Zentrumswahlmann, der im Kreise wohnhaft ist?

Oppersdorff wird also hinterherum 'abgemurrt'. Nachdem Graf Wendel Domersdorf von 'Quersachsen' und 'Kalkbaker' gesprochen hat, heißt es beim Zentrum:

Und willst du nicht mein Bruder sein,  
So schlag' ich dir den Schädel ein!

**Posen, 19. Oktober.** Von den Buchdruckern. In einer Karl beinahe Versammlung im Gesellschaftshaus nahmen die Posener Buchdrucker teil zu den diesjährigen Tarifverhandlungen. Nach einem Referat des Beihilfenvertreters Wagner erklärten sich in der Debatte sämtliche Redner von den Resultaten der Tarifverhandlungen nicht befriedigt. Besonders scharf wurde verurteilt, daß für eine Kategorie der Beihilfen sogar eine Arbeitszeitverlängerung beschlossen wurde. Eine Resolution, in der der Ausstieg und das Resultat der Tarifverhandlungen für die Beihilfen bedauert wird, wurde angenommen; gleichzeitig jedoch den Beihilfenvertretern Dank und Anerkennung ausgesprochen.

**Schweidnitz, 19. Oktober.** Ein umfangreicher Kupferprozess, der Mittwoch vor der hiesigen Strafkammer verhandelt wurde, ergab, daß sich im hiesigen Lokale sehr distrierte Vorgänge abspielten, von denen nach der Begründung des Urteils die Wirtschaft um so eher Kenntnis haben mußten, als die Witze selbst früher Kalkulierer war. Weiter wurde festgestellt, daß die bei diesen Vorgängen verzapften Getränke weit über den realen Wert hinaus bezahlt werden mußten. Die Verhandlung, zu der elf Zeugen geladen waren, fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Nach mehrstündiger Verhandlung erkannte der Gerichtshof gegen beide Eheleute auf je vier Wochen Gefängnis.

**Wolkenstein, 19. Oktober.** Zur Wahnsinnstat in Giesmannsdorf. Ueber die bereits kurz gemeldete Familien- und in Giesmannsdorf wird weiter mitgeteilt, daß die Frau des Schachmachers Meise, welche ihrem 16-jährigen Sohne die Rechte durchschneit, bereits seit einiger Zeit Spuren von Geistesgekränktheit zeigte. Das äußerte sich namentlich am Sonnabend früh. Während der Mann in die Werkstatt ging, schritt die unglückliche Frau zur Ausführung der entsetzlichen Tat. Bereits vorher hatte sie sich ein scharf geschliffenes Messer in der Tasche gesteckt. Mit diesem stürzte sie sich in der Schlafkammer über ihr schlafendes Kind. Schimmerndes Schneiden her und durchschneit ihm die Kehle, so daß sich breite Wunden aus dem Halse und über die Stirn ergossen. Darauf verlor sie das Bewußtsein und als er die Wunden bemerkte, sofort die verriegelte Tür geöffnet hatte. Auf die entsetzte Frage des unglücklichen Mannes, was sie getan habe, erklärte die Frau, daß sie den Knaben abgeschlachtet hätte aus Sorge darüber, daß das Kind es einst bei einer Stiefmutter nicht gut haben könnte. Die geistesgekränkte Mutter wurde alsbald nach dem Krankenhause in Sehenriedeberg eingeliefert, es ist Aussicht vorhanden, sie am Leben zu erhalten. Dem unglücklichen Mann, ebenso aber auch dem Schicksal der Frau, wird eine Teilnahme entgegengebracht.

**Grünberg, 19. Oktober.** Jugentgleisung. Auf dem neuen Bahnhofsüberstet entgleiste Mittwoch mittags zwischen 12 und 1 Uhr der erste Zug der neuen Altbahn Grünberg-Sprottau, während er unbedeutend über die Weiche ging. Diese wurde zu zeitig umgestellt, so daß zwei Wagen aus den Schienen sprangen. Personen sind nicht verunglückt, der Materialschaden ist bis zur Stunde nicht festgestellt.

**Schreiberhau, 18. Oktober.** Aufsehen erregende Verhaftung. Der Inhaber eines gutgehenden Geschäftes und Legationsbesitzer, Handwerksmeister W., hatte mit seiner 18-jährigen Tochter, die Diener konfirmiert werden sollte, intimen Verkehr gepflogen, der nicht ohne Folgen geblieben war. W. wurde in Untersuchungshaft genommen, hat sich aber nach der Verhaftung erkundigt, um sich der schweren Bestrafung zu entziehen.

**Hohenstein, 19. Oktober.** Großfeuer entstand Dienstag vormittag im Hause der Schmiedewerksmeisterin, Markt Nr. 4, in dem sich zwei Schuhgeschäfte befanden. Das Haus brannte mit allem Inventar und dem ziemlich umfangreichen Warenlager vollständig nieder. Auch das in der Marktstraße angrenzende Gebäude wurde vernichtet. Die Bewohner wurden vom Feuer überrascht und konnten sich nur mit Mühe halbhebelnd in Sicherheit bringen. Die in dem Hause wohnhafte Frau Daniel wurde von dem Rauscher der Firma Saemmer über eine Leiter aus der obersten Etage aus dem brennenden Hause gerettet. Er an dem Warenlager und Möbeln angerichtete Schäden ist ein sehr beträchtlicher und nur teilweise durch Versicherung gedeckt. Bei den Lösarbeiten ereignete sich leider ein Unfall. Der Feuerwehmann D. erkrankte nach dem Ausbruch getreten, um einen Giebel, der einstürzen drohte, abzubauen, als dieser plötzlich umstürzte und D. mitras. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus gebracht. Ein zweiter Feuerwehrmann, der auf der Scheideleiter stand, entging mit knapper Not einem Unfall, als die Leiter durch die herabstürzenden Mauermassen ins Wasser geriet.

**Kafel, 19. Oktober.** Gattenmord? Vor einigen Wochen wurde der Arbeiter N. im G. w. in der Nähe des Brückens aus der Reihe als Leiche gezogen. Man nahm zunächst Selbstmord an. Man hat die Angelegenheit eine an ere Wendung genommen, indem gegen die eigene Ehefrau des Ertrunkenen Anzeige wegen Gattenmordes erhoben worden ist. Sie befindet sich bereits in Untersuchungshaft.

### Aus Oberschlesien.

#### Der Gzenstochener Klosterandal hinter verschlossenen Türen.

Wie aus Warschau berichtet wird, soll der Prozess der Gzenstochener Klostermönche Pasch und Jüder Storchsch, der im vorigen Jahre durch die Aufhebung der Korruption im Kaiserlichen Kloster zu Gzenstocher ungeheures Aufsehen erregt hat, dank der Bemühungen der katholischen Geistlichkeit bei geschlossenen Türen stattfinden. Dieser Bejahung hat eine interessante Vorgeschichte, die i. J. in der polnischen Presse wiedergegeben wurde. Anlässlich einer plötzlichen Durchsichtigung der Zellen der im Gefängnis zu Pettau internierten Klostermönche wurde eine Korrespondenz beschlagnahmt, aus welcher hervorging, daß Pasch und seine Komplizen nicht bloß einen Mord im Kloster und zahlreiche Unterschlagungen und Diebstähle, sondern auch den Raub des wunderbaren Muttergottesbildes zu Gzenstocher verübt hatten. Die Verbrecher hatten bis zu dieser Zeit gehofft, daß sie vor ein weltliches Gericht kommen und von der katholischen Geistlichkeit gerettet werden würden. Nun aber begann Pasch, der bis dahin sorgfältig bewacht hatte, die Geistlichkeit zu compromittieren, die Klostermönche auszuliefern und den Untersuchungsbehörden Einzelheiten aus dem Treiben im Kloster zu Gzenstocher mitzuteilen, die eine Reihe geistlicher Personen auf das Schwert drohten.

Wie weiter berichtet wurde, wandte sich der Bischof Sedlitzki an den Vorsitzenden des Bezirksgerichts zu Pettau mit der Bitte, den Prozess gegen Pasch bei geschlossenen Türen

Rat finden zu lassen, da die öffentliche Verhandlung Argernisse erregen und die Autorität der katholischen Kirche erschüttern würde.

Wie aus dem oben mitgeteilten Beschluß ersichtlich ist, zeigen die russischen Behörden für die Ermögung der katholischen Geistlichkeit das weitgehendste Verständnis und suchen die katholische Kirche vor den 'Erschütterungen' zu schützen, die sie von einer öffentlichen Erörterung der Schandthat im Kloster zu Gzenstocher befürchtet hat.

### Beachtenswerte Symptome.

Obgleich die Wahlen in der letzten Legislaturperiode auf jeden Fall den Beweis vollständer Zuverlässigkeit im konservativen Sinne erbracht haben, wird sowohl von der Regierung als von einflussreicher kirchlicher Seite alles aufgebracht, um das Zentrum mit fliegenden Haaren ins hafatistische Lager hinüberzuziehen. Und es mehren sich die Zeichen, daß sich die Annäherung immer rascher vollzieht. Die Stellungnahme einer im April in Randersin stattgefundenen Delegiertenversammlung des ober-schlesischen Zentrums und später das Verdict des Bischofs Kopp waren entscheidend dazu angehen, den Weg vorzubereiten. Daß die Wahlen diese Zeichen nicht verstanden haben, kann man nicht behaupten. Im Gegenteil, sie verstanden so weit als irgend möglich, die Massen zu sich herüberzuziehen. Jedenfalls haben sie in den letzten Wochen fast im ganzen Industriegebiet stattgefundenen Wahlen in die Kirchenverwaltung bewiesen, daß sie auf dem rechten Fuß sind. In allen Orten sind die Vorstandsämter von den Polen mit starken Stimmenmehrheiten erobert worden, trotzdem das Zentrum im Verein mit den Geistlichen fieberhaft tätig war um wenigstens einen Teil der Niederlagen abzuwenden. Dieser Umstand dürfte entschieden dazu beitragen, das Zentrum einer Annäherung an die Katholiken geneigter zu machen, da ja darin gerade der klarste Beweis für die Abwanderung der Zentrumswähler ins Polenlager liegt. Das Bestreben der Regierung, den freikonfessionellen Landrat (Berlach) zum Kandidaten aller Deutschen im Wahlkreise Ratowitz-Jabrze zu machen, ist sicher auch von Rücksichten auf die Junkerengenossen diktiert, die sich letztem Gegenkommen, dessen sind wir gewiß, auch würdig erweisen werden.

**Ratowitz, 19. Oktober.** Zu den Stadtvorordnetenwahlen. In seiner letzten Sitzung hat der Bürgerverein die zu den Wahlen vorgeschlagene Mandatsverteilung sanktioniert. Ein ruhendes Bild konfessioneller Friedfertigkeit boten die katholische, evangelische und jüdische Partei. Wie der Vorsitzende, Herr Garwienlager, hervorhob, war man bei den Liberalen sowohl wie bei dem Zentrum nur vor dem einen Wunsche befeuert, nicht zu kämpfen. Und so hat man nach langen Verhandlungen sich endlich dahin geeinigt, daß das Zentrum zwei neue Mandate erhält (drei hatte es beantragt), außerdem mußten die Liberalen bestimmt versprechen, dafür zu sorgen, daß zur nächsten Wahl dem Zentrum 1/3 der gesamten Mandate (vierzehn Sitze) ausgeliefert werden. Die Befestigung dieses Kundgebens wurde allerdings nicht widerspruchsfrei angenommen. Offenbar sind doch einigen Mitgliedern Bedenken anhaftend, ob ein derartiges Schachergeheimnis auch von den Wählern gebilligt wird. Diese Bedenken sind um so gerechtfertigter, wenn man sich vor Augen hält, daß der Bürgerverein mit dem Gros der Wähler nicht das geringste zu tun hat. Im Gegenteil, der Bürgerverein ist ein ziemlich ektisches Gewebe dessen Mitglieder einen Arbeiter, der es wagen wollte, Eintritt in die geheiligten Kreise zu suchen, über die Achsel ansehn würden. Man macht sich aber an, die Interessen der Wähler schon auf Jahre hinaus im Voraus zu verhandeln. Öffentlich beneiden die Wähler am Wahltage den Herren, daß sie sich zum Schacherobjekt doch nicht hergeben.

**Ratowitz, 19. Oktober.** Keine Verschmelzung. Die Unterhandlungen, die die vereinigten Königs- und Laurahütte wegen Übernahme der Erzgebirgsgrube mit der ober-schlesischen Untergesellschaft für Kohlenbergbau zu Erzgebirge bei Ratowitz führte, haben zu keinem Resultat geführt, so daß die Gesellschaft ihre Absicht, den Betrieb einzustellen, verwirklichen wird. Dem Vernehmen nach sollen die Tagesanlagen abgebrochen und die vorhandenen Schächte zugeschüttet werden. Nach der Lage der Dinge wird die Gesellschaft den Betrieb auch später nicht mehr wieder aufnehmen. Die Ursache soll das Sinken der Kohlenpreise unter die Selbstkosten sein. Es ist dieses darauf zurückzuführen, daß einerseits die Kohle nur sogenannte Tertiarwerte ist, und die Unterhaltung der Grubenbaue, sowie die Wasserhaltung unverhältnismäßig kostspielig sind. Hauptbeteiligte bei der Gesellschaft sind die Grafen Schlagschke Generaldirektion in Weulhen und Gebr. Mutmann in Wien.

**Ratowitz, 19. Oktober.** Im Dienste verunglückt. Ein schwerer Unfall hat sich am 17. d. Mts., nachmittags auf dem hiesigen Ratowitzer Bahnhof in der Nähe von Jalenze ereignet. Der zwanzigjährige Bahnarbeiter Grzeschiza war auf noch unangelegte Weine unter die Räder geraten. Als der Zug zum Gange gebracht war, wurde der Heberfahrere in ärztlich vermitteltem Zustand hervorgezogen. Es waren ihm beide Beine an den Oberschenkeln glatt abgetrennt worden. Der Verletzte war trotz seiner entsetzlichen Schmerzen bei voller Besinnung geblieben und wurde sofort nach dem Knappschaftskrankenhaus in Ratowitz gebracht. Man hofft den Verletzten am Leben zu erhalten.

**Jabrze, 19. Oktober.** Verhaftung einer zehnköpfigen Räuberbande. Dem Polizeiwachmeister Müller aus Mulktschütz ist es gelungen, eine räuberische Räuber- und Diebesbande zu ermitteln, die seit vielen Wochen die Gegend von Mulktschütz bis Ratowitz durch Raub anfall, Diebstahl und Wildbejagd unsicher machte. Die Arbeiter Josef Przybilla aus Stollarzowitz, Theodor Gajda aus Friedrichswille und August Siba aus Dobret sind vor einigen Tagen in Ratowitz festgenommen worden. — In Ausübung ihres Berufes verunglückten auf Abwehrgrube der Häuer Vincent Lischka aus Mulktschütz und auf Georgschacht der Häuer Ignaz Kurek aus Kuzendorf.

**Steinzig, den 19. Oktober.** Eine erhebliche Erweiterung des fiskalischen Wasserwerkes in Jawada bei Weiskirchen ist vom Staate ins Auge gefaßt. Der Plan zu der Erweiterung, der durch den Landgeologen Professor Dr. Michael bereits geprüft worden ist, liegt den zuständigen behördlichen Stellen seit einiger Zeit vor, und es dürfte eine Realisierung des Projektes nach obigen Pläne spätestens im Laufe des nächsten Frühjahres erfolgen.

**Mysłowitz, 19. Oktober.** An Typhus erkrankt sind hier 17 Personen, welche sämtlich isoliert im Krankenhaus untergebracht wurden. Einige der Kranken befinden sich bereits auf dem Wege der Besserung. Todesfälle sind noch nicht vorgekommen.

— Zum Konkurs der Gebrüder Vulkan. Die Ermittlungen in der Affäre der Firma Vulkan zeitigen immer mehr Feststellungen von Wechseltäuschungen. Immer neue Wechsel mit falschen Namen werden ermittelt.

**Zaborze, 19. Oktober.** Sozialdemokratischer Verein. Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Grünberger, Brojastraße: Mitglieder-Versammlung im Rahmen der Tagesordnung: Das Erscheinen aller Parteimitglieder ist unbedingt notwendig.

**Jalenze, 19. Oktober.** Oppositionelle Polen. Bei einer am letzten Sonntag hier abgehaltenen sehr scharf verlaufenen wahlberechtigten Wählerversammlung erklärten die anwesenden Nationaldemokraten, laut 'Dziennik Słonki', daß im Falle Korfarty als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Ratowitz-Jabrze vom zuständigen Wahlkomitee erneut aufgestellt wird, sie geschlossen für den Sozialdemokraten stimmen werden. — Abwarten! Es wird den polnischen Drängern schon noch gelingen, die aufgeregten Wogen durch Nimmereis von nationaler Del zu besänftigen.







